



Presseschau vom 14.07.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

de.rt.com: **Bundesinnenministerin Faeser will Grundgesetzänderung für Cybersicherheit**
Nancy Faeser will das Grundgesetz für die Cybersicherheit ändern. Derzeit liegt die Kompetenz für die Cybersicherheit bei den Ländern. Nun will die Bundesinnenministerin das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik zur Zentralstelle für Cybersicherheit ausbauen. ...

<https://kurz.rt.com/32o3> bzw. [hier](#)

Roman Shimaew, Polina Poletaewa: **"Unangenehm für den kollektiven Westen": In Russland sieht man die "Turbinen-Affäre" gelassen**

Russische Experten haben sich in Gesprächen mit RT gelassen über die Causa der in Kanada zurückgehaltenen Turbinen für die Gaspipeline Nord Stream geäußert. Es handele sich dabei in erster Linie um ein Problem für Deutschland und - falls Berlin im Ergebnis gezwungen sein wird, Nord Stream 2 in Betrieb zu nehmen - für den "kollektiven Westen". ...

<https://kurz.rt.com/32nu> bzw. [hier](#)

Alexander Karpow, Aljona Medwedewa: **Die USA versuchen China einen Standpunkt zur Ukraine aufzuzwingen**

Der US-Botschafter in China hat von Peking gefordert, den Konflikt in der Ukraine nicht länger der NATO anzulasten. Experten beobachten, wie die USA versuchen, China zu zwingen, eine ausschließlich US-amerikanische Sichtweise des Weltgeschehens zu akzeptieren. ...

<https://kurz.rt.com/32o5> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

21:18 de.rt.com: **"Diese Art von Eishockey brauchen wir nicht": Russland reagiert auf kanadische Sanktionen**

Roman Schimajew und Anastasia Rumjantsewa

Kanada hat die Liste seiner Sanktionen aktualisiert und eine Reihe von Russen und Organisationen aufgenommen, darunter den Fernsehsender RT, die Agentur Sputnik und die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor. Diese antirussische Hysterie könne zu "irreparablen internationalen Konsequenzen" führen, hieß es aus Moskau.

Am Freitag, dem 8. Juli, hat Kanada die Sanktionen gegen Russland erweitert. Laut einer Publikation des kanadischen Außenministeriums wurden die neuen Beschränkungen von Mélanie Joly, der Leiterin des Ministeriums, während des Treffens der G20-Außenminister in Bali angekündigt.

Von den Sanktionen betroffen sind Patriarch Kyrill, die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa, der Leiter von Roskomnadzor Andrei Lipow, die Vertreterin des russischen Innenministeriums Irina Volk und der ehemalige Yandex-Chef Tigran Chudaverdjan, der Leiter des Informationsministeriums Maksut Schadajew, RT-CEO Alexei Nikolow, der Präsident der Medienholding "Red Star" Alexei Pimanow, der RT-Journalist Anton Krasowski, der Schriftsteller und Co-Vorsitzende der Partei "Gerechtes Russland" Sachar Prilepin, der Chefredakteur von Sputnik International Anton Anisimow, die Moderatoren Tigran Keossajan, Ekaterina Andrejewa, Artjom Schejnin und Olga Skabejewa. Die Beschränkungen betreffen auch 15 juristische Personen: den Fernsehsender RT, die

Agentur Sputnik, die Medienaufsichtsbehörde Roskomnadzor, die Fernsehsender Perwy kanal und Rossiya 1, NTV, Rossotrudnitschestwo, TASS, WGTRK, Gazprom-Media, die Nationale Mediengruppe, den Fernsehsender Rossija 24, den WGTRK-Videodienst Smotrim, die Webseite vesti.ru und die Nachrichtenagentur Regnum.

Darüber hinaus hat Ottawa die Einfuhr bestimmter Goldprodukte russischen Ursprungs verboten, zu denen unverarbeitetes und halbverarbeitetes Gold, Goldpulver, Goldmünzen und Goldschmuck gehören. Nach Ansicht der kanadischen Seite werden diese Produkte dadurch für die formellen internationalen Märkte unzugänglich, und Russland wird in seinen Möglichkeiten eingeschränkt, Mittel für die Spezialoperation und die Unterstützung des Donbass zu erhalten.

Außenamtssprecherin Sacharowa zeigte sich überrascht über die Einschränkungen. "Ich dachte, ich sei schon lange auf der Liste", sagte sie gegenüber TASS. Auf ihrem Telegram-Kanal merkte Sacharowa außerdem an, dass Sanktionen gegen den Patriarchen Kyrill "nur von Satanisten verhängt werden" könnten.

Seine Unzufriedenheit über die Sanktionierung des Patriarchen äußerte auch Metropolit Leonid von Klin, der Exarch des Patriarchats von Afrika. Auf seinem Telegram-Kanal schrieb er:

"Anstatt nach Gemeinsamkeiten zu suchen, spielt der kollektive Westen schmutzige Streiche, wo es nur geht. Nun. Ich wiederhole noch einmal: Diese Art von Eishockey brauchen wir nicht! (Kanada gilt als die Heimat des Eishockeys – Anm. d. Red.)"

Olga Kowitidi, Mitglied des Ausschusses für Staats- und Verfassungsrecht des Föderationsrates, bezeichnete die kanadischen Sanktionen als Indikator für die "Krise des NATO-zentrischen Systems europäischer Sicherheit".

"Diese Manifestationen politischer Schwäche werden nichts Gutes bringen – weder für sie selbst noch für die [betroffenen] Menschen. Es liegt auf der Hand, dass diese antirussische Hysterie, von der das politische Europa wie von einem gefährlichen Virus befallen ist, das Prinzip des Universalismus in den internationalen Beziehungen, das die Grundlage des UN-Systems bildet, zerstört und zu irreparablen internationalen Folgen führen könnte", sagte die Senatorin in einem Gespräch mit RT.

Nach Meinung von Dmitri Belik, Mitglied des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Staatsduma, versucht Kanada, "die Siegespalme bei der Absurdität von Sanktionen gegen unser Land an sich zu reißen".

Gleichzeitig bemerkte der Vorsitzende des Duma-Ausschusses für Industrie und Handel, Wladimir Gutenew, dass die Versuche unfreundlicher Staaten, Russland Beschränkungen aufzuerlegen, in Moskau bereits jetzt auf absolute Gleichgültigkeit stoßen würden. "Man hat den Eindruck, dass sie in ihrem eigenen Saft kochen, rituelle Tänze aufführen und sich selbst den Ball zuspielen. Ich denke, wir sollten solche Schritte einfach ignorieren", erklärte er gegenüber RT.

Zu Beginn dieser Woche haben das Vereinigte Königreich und Japan ihre Sanktionsliste gegen Russland erweitert. London verhängte Beschränkungen gegen sieben natürliche juristische Personen. Tokio seinerseits hat das Vermögen von 57 Personen und sechs Unternehmen aus Russland eingefroren. Zudem haben die japanischen Behörden Ausfuhrbeschränkungen gegen 65 russische und 25 weißrussische Unternehmen verhängt sowie eine Reihe von Dienstleistungen für Russland (Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung und Treuhanddienste) und die Einfuhr von russischem Gold verboten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cf158048fbef162c5ae215.jpg>

Das waren noch Zeiten: Der russische Präsident Wladimir Putin begrüßt Perry Corey aus Kanada nach dem Goldmedaillenspiel der IIHF Eishockey-Weltmeisterschaft zwischen Finnland und Kanada im VTB-Eispalast in Moskau, am 22. Mai 2016.

21:30 de.rt.com: **Trudeau bezeichnet Entscheidung über Freigabe der Turbine für Nord Stream an Deutschland als schwierig**

Der kanadische Premierminister Justin Trudeau hat erklärt, Ottawa habe die Entscheidung, die Turbine für die Nord-Stream-Pipeline an Deutschland zu übergeben, als schwierig empfunden. Trudeau sicherte der Ukraine dennoch die weitere Unterstützung Kanadas zu: "Es war eine sehr schwierige Entscheidung. Kanada wird die Ukraine weiterhin bedingungslos unterstützen."

Der Premierminister fügte hinzu, dass Kanada die Entscheidung getroffen habe, "Deutschland und Europa vor dem Hintergrund der realen Herausforderung zu unterstützen, vor der sie im Energiesektor stehen". Der Premierminister betonte, dass die kanadischen Wirtschaftssanktionen ausschließlich gegen Russland gerichtet seien, "nicht gegen unsere Verbündeten".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cf15dd48fbef1732775c9e.jpg>

21:42 de.rt.com: **Peskow: Projekt der Werchowna Rada zur Anerkennung von Itschkerien ergibt keinen Sinn**

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow wies auf die Absurdität eines von zwei ukrainischen Abgeordneten der Werchowna Rada vorgelegten Gesetzentwurfs zur Anerkennung von Itschkerien hin. Er erinnerte daran, es gebe keine solche Republik in Russland.

Die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Anerkennung der Unabhängigkeit der sogenannten

Tschetschenischen Republik Itschkerien durch ukrainische Abgeordnete zeige die "Qualität" der legislativen Arbeit im ukrainischen Parlament. Dies sagte der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow, und er erklärte:

"Es gibt kein solches Subjekt. Das spricht für die Qualität der gesetzgeberischen Arbeit in der Werchowna Rada."

Es handelt sich um den Gesetzentwurf Nr. 7551, der am 11. Juli von den Abgeordneten Alexei Gontscharenko und Mussa Magomedow in die Werchowna Rada der Ukraine eingebracht wurde. Der Text des Dokuments wurde bislang noch nicht veröffentlicht. Gontscharenko postete auf Facebook, dass "die itschkerischen Krieger der Ukraine bereits helfen, für unsere Unabhängigkeit zu kämpfen" und rief die Mitglieder der Rada auf, den Gesetzentwurf zu unterstützen.

Der tschetschenische Staatschef Ramsan Kadyrow kommentierte den Gesetzentwurf mit den Worten, die Abgeordneten der ukrainischen Werchowna Rada hätten den Bezug zur Realität verloren. Er sagte:

"Itschkerien ist schon lange vorbei. Und es wurde von denselben ehemaligen Itschkerianern aufgelöst, die 2007 die Abschaffung Itschkeriens und die Gründung des sogenannten Kaukasus-Emirats ankündigten."

Kadyrow fügte hinzu, die Abgeordneten der Werchowna Rada kämen 30 Jahre zu spät, um Itschkerien anzuerkennen, und "man kann nicht etwas anerkennen, das nicht existiert".

Itschkerien war ein selbsternannter Staat, der 1991 nach dem Zerfall der Sowjetunion auf dem Gebiet der ehemaligen Autonomen Republik Tschetschenien-Inguschetien gegründet wurde. Dies geschah unter Verletzung der russischen Verfassung und führte zu einem langwierigen militärischen Konflikt. Ende 1994 unterzeichnete der damalige russische Präsident Boris Jelzin ein Dekret zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung, woraufhin russische Truppen in die Republik einmarschierten.

Im Jahr 2000, nach der Hauptphase des zweiten Tschetschenien-Feldzugs, hörte Itschkerien auf zu existieren. Im Jahr 2003 wurde in Tschetschenien eine neue Verfassung verabschiedet, in der festgelegt wurde, dass die Republik ein Föderationssubjekt Russlands ist. Im selben Jahr wurde Achmat Kadyrow zum Oberhaupt Tschetscheniens gewählt. Er starb bei einem Terroranschlag im Jahr 2004. Sein Sohn Ramsan Kadyrow ist seit 2007 das Oberhaupt von Tschetschenien.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cee6a248fbef17d36d4591.jpg>

Der Pressesprecher des russischen Präsidenten Dmitri Peskow

22:00 de.rt.com: **Werchowna Rada: Ukraine verhandelt mit USA über Langstreckenraketen für HIMARS**

Die Ukraine verhandelt mit den USA über Langstreckenraketen für das Artilleriesystem HIMARS, die in der Lage seien, Ziele in einer Entfernung von 300 Kilometern zu treffen. Dies erklärte Fjodor Wenislawski, Mitglied des Ausschusses für nationale Sicherheit und

Verteidigung der Werchowna Rada.

US-Präsident Biden hatte Anfang Juni ein umfassendes Militärlieferpaket für die Ukraine angekündigt. Es beinhaltet auch das Mehrfachraketenwerfer High Mobility Artillery Rocket System (HIMARS). Dieses soll bereits beim Beschuss von Nowaja Kachowka eingesetzt worden sein. Bei dem Raketenangriff auf die Stadt wurden nach bisherigen Angaben mindestens zwei Zivilisten getötet und weitere 90 verletzt. Sieben Personen werden noch vermisst.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cf1c8848fbef162c5ae222.jpg>

22:01 de.rt.com: **EU-Kommission klärt ihre Position zur Durchführung von mit Sanktionen belegten Waren nach Kaliningrad**

Die Europäische Kommission verbietet den Transit nicht sanktionierter Güter durch ihr Hoheitsgebiet. Die Regelung gilt jedoch nur für den Straßen-, nicht aber für den Schienenverkehr, heißt es in der Erklärung. Betroffen ist insbesondere Litauen, durch das Russland Waren nach Kaliningrad transportiert.

Die Europäische Kommission hat auf ihrer Webseite eine Leitlinie zum Umgang mit zur Durchführung von mit russischen Sanktionen belegten Waren nach Kaliningrad [veröffentlicht](#). Demnach ist es in Russland angemeldeten Straßentransportunternehmen untersagt, Güter auf der Straße durch das Gebiet der EU zu befördern, auch im Transit. In dem Dokument heißt es: "Dieses Verbot gilt jedoch nicht für die Beförderung von Gütern, die sich im Transit durch das EU-Gebiet zwischen dem Kaliningrader Gebiet und Russland befinden, sofern die Beförderung solcher Güter nicht durch die Verordnung verboten ist. Die Durchführung von genehmigten Waren im Straßenverkehr ist daher nicht zulässig."

In der Erklärung wird hervorgehoben, dass die Sonderregelung nicht für den Eisenbahnverkehr auf derselben Route gilt, wobei sich die Mitgliedstaaten das Recht vorbehalten, eine wirksame Kontrolle auszuüben. Gleichzeitig wies die EU-Kommission darauf hin, dass die Durchführung von sanktionierten militärischen Gütern und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck unabhängig von der Art der Beförderung verboten ist. Die EU-Mitgliedstaaten sollen sämtliche Formen der Umgehung von Sanktionen verhindern und die Handelsströme zwischen Russland und der Kaliningrader Exklave weiterhin überwachen. Sie sollen insbesondere dafür sorgen, dass das Transitvolumen auf dem durchschnittlichen Niveau der letzten drei Jahre bleibt und keine ungewöhnlichen Warenströme auftreten.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, erklärte, das Ministerium werde die Erklärung der Europäischen Kommission prüfen und detaillierte Informationen bereitstellen. Der Pressedienst der Regionalregierung von Kaliningrad erklärte ebenfalls, dass er den Wortlaut des EK-Dokuments prüfen werde, bevor er Schlussfolgerungen ziehe.

Am 18. Juni hatte Litauen die Durchfahrt von Transitzügen in das Kaliningrader Gebiet mit

Gütern, die von den EU-Sanktionen betroffen sind, gestoppt. Das litauische Außenministerium erklärte, die Maßnahme sei nach Konsultationen mit der Europäischen Kommission beschlossen worden. Moskau bezeichnete die Transitbeschränkung als illegal. Der Gouverneur des Kaliningrader Gebiets, Anton Alichanow, erklärte, dass bereits Maßnahmen zur Aufhebung des Transitverbots angelaufen seien, legte der Regierung und der Präsidentschaftsverwaltung Russlands jedoch einen Entwurf für eine Antwort vor, die "für Litauen sehr kritisch" ausfalle.

Am 1. Juli hatte der [Spiegel](#) geschrieben, Deutschland habe um eine Ausnahme von den Sanktionen für das Kaliningrader Gebiet gebeten, um eine Eskalation zu vermeiden. Dem Blatt zufolge reagierte Vilnius mit Empörung auf den Vorstoß aus Berlin.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cf03e948fbef1732775c8c.jpg>
Eisenbahnwaggons auf den Gleisen eines Rangierbahnhofs in Kaliningrad, Russland

22:30 de.rt.com: **Kaliningrad besteht auf vollständiger Aufhebung der Beschränkungen für Gütertransit durch Litauen**

Die Empfehlungen der Europäischen Kommission für den Transitverkehr seien nur der erste Schritt zur Lösung des Problems, eine ähnliche Lösung sei auch für den Straßenverkehr erforderlich. Dies erklärte der Gouverneur des Gebiets Kaliningrad Anton Alichanow. Weiter hieß es:

"Ich danke meinen Kollegen aus dem russischen Außenministerium für dieses Ergebnis."

Die lokalen Behörden bemühen sich weiterhin um die vollständige Aufhebung der Beschränkungen für den Transit von Waren aus anderen russischen Regionen durch Litauen in das Gebiet. Die Europäische Kommission veröffentlichte eine Klarstellung zu den Sanktionen, wonach der Straßentransit nach Kaliningrad nur unter einer Reihe von Bedingungen erlaubt ist.

Unterdessen ist die Durchfuhr sanktionierter russischer Waren nur auf der Autostraße verboten, während der Eisenbahntransit erlaubt ist, sofern die erforderlichen Kontrollen durchgeführt werden.

vormittags:

6:15 de.rt.com: **"Keine Ahnung, wohin sie gehen" – Westen will Waffenlieferungen an die Ukraine nachverfolgen**

Wie aus einem Bericht der Zeitung "Financial Times" hervorgeht, wollen die westlichen Länder, die Waffen an die Ukraine liefern, jene besser verfolgen. Denn, die EU- und NATO-Mitglieder hätten laut Bericht "keine Ahnung", wohin jene nach ihrer Ankunft in dem Land schließlich gelangen.

Unter den NATO- und EU-Mitgliedsländern würde die Besorgnis darüber wachsen, wie die

Ukraine mit den vom Westen gelieferten Waffen umgehe, berichtet die Financial Times am Dienstag. Wie die Zeitung weiter [berichtet](#), versuchten nun die westlichen Staaten, einen speziellen Rückverfolgungsmechanismus einzurichten, um zu verhindern, dass die Waffen auf den europäischen Schwarzmärkten landen.

Seit dem Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine haben die USA und ihre Verbündeten in Europa und anderswo Kiew militärische Unterstützung im Wert von über 10 Milliarden Dollar zugesagt. Die Lieferungen umfassten zahlreiche Kleinwaffen sowie mobile Panzerabwehr- und Luftabwehrraketen.

Ein namentlich nicht genannter westlicher Offizieller sagte gegenüber der Financial Times, dass all die gelieferten Waffen "in den südlichen Teilen Polens landen, wo sie an die Grenze verfrachtet werden und dann einfach auf Fahrzeuge aufgeteilt, um die Grenze zu überqueren: Lastwagen, Lieferwagen, manchmal auch Privatautos." Damit erklärte er, warum die EU und die NATO von Kiew eine detaillierte Inventarliste aller erhaltenen Waffen verlangen. Der Beamte fügte hinzu:

"Von diesem Moment an wissen wir nicht mehr, wo sie sich befinden, und wir haben keine Ahnung, wohin sie gehen, wo sie verwendet werden oder ob sie überhaupt im Land bleiben."

Nach Angaben von Europol, der Polizeibehörde der Europäischen Union mit Sitz im niederländischen Den Haag, könnten einige der Waffen die Ukraine bereits verlassen und ihren Weg zurück nach Europa gefunden haben. Bereits im April warnte Europol, dass seine Ermittlungen darauf hindeuteten, dass die Waffen aus der Ukraine in die EU geschmuggelt wurden, um Gruppen der organisierten Kriminalität zu versorgen. Der Konflikt in der Ukraine "hat zur Verbreitung einer beträchtlichen Anzahl von Schusswaffen und Sprengkörpern in dem Land geführt", erklärte die Behörde damals.

Europol zeigte sich besonders besorgt darüber, dass die ukrainischen Behörden zu Beginn des Konflikts die Praxis aufgegeben hätten, "ein Register der an Zivilisten ausgegebenen Schusswaffen" zu führen. Seitdem würden Schusswaffen ohne entsprechende Erfassung verteilt, erklärte die Behörde und forderte die Einrichtung eines ähnlichen Registers für alle Waffen und militärische Güter, die von der EU an die Ukraine geliefert werden.

Kiew bestreitet, dass es zu einer "wichtigen Drehscheibe für Waffenschmuggel" geworden ist. Einem Berater des ukrainischen Verteidigungsministers zufolge werde "jede Bewegung von Waffen in die Ukraine oder aus der Ukraine heraus... sehr genau überwacht und kontrolliert, sowohl von der Ukraine als auch von unseren internationalen Partnern".

Washington erklärte, es vertraue Kiew, räumte aber zugleich ein, dass die Gefahr, dass US-amerikanische Waffen in die falschen Hände geraten könnten, aufgrund der "schwierigen Lage" vor Ort, "eine von vielen Erwägungen" sei. Die Unterstaatssekretärin für Rüstungskontrolle und internationale Sicherheit, Bonnie Jenkins, erklärte diesbezüglich am vergangenen Freitag vor Reportern in Brüssel:

"Wir sind zuversichtlich, was die Zusage der ukrainischen Regierung betrifft, die US-Waffen angemessen zu schützen und darüber Rechenschaft abzulegen."

Amerikas europäische Verbündete scheinen da weniger sicher zu sein. So sagte die tschechische Verteidigungsministerin Jana Černočová am Freitag vor Journalisten in Prag: "Es ist schwer, den Handel oder Schmuggel zu verhindern."

Den westlichen Staaten sei es nicht gelungen, "dies im ehemaligen Jugoslawien zu erreichen, und dass sie es wahrscheinlich auch nicht in der Ukraine verhindern werden", so Černočová weiter. Der tschechischen Ministerin zufolge wäre es nicht möglich, jeden einzelnen Gegenstand zu verfolgen, selbst wenn die Geberländer alles in ihrer Macht Stehende tun würden, um die Waffen zu verfolgen.

Im Juni schlug die schwedische Polizei Alarm, weil Waffen, die nach Kiew geschickt wurden, möglicherweise bei kriminellen Banden landen könnten. Auch Interpol-Generalsekretär Jürgen Stock äußerte im selben Monat ähnliche Bedenken.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ceab8648fbef17577264ca.jpg>

Ukrainischer Soldat mit einer NLAW-Panzerabwehrwaffe (Next Generation Light Anti-Armour Weapon), gesehen in der Region Charkow am 9. Juni 2022

7:51 (6:51) [novorosinform.org](https://www.novorosinform.org): **In Mariupol wird der Personenseeverkehr in die Städte Russlands am Schwarzen Meer wieder aufgenommen**

Im befreiten Mariupol wird der Betrieb des Passagierhafens wieder aufgenommen. Zunächst wird der Transport nach Rostow am Don stattfinden, später werden Reisen in andere Städte Russlands angeboten, sagte Bürgermeister Konstantin Iwaschtschenko in einem Interview mit TASS.

„Wir planen die Wiedereröffnung des Passagierhafens, der sowohl mit dem Schwarzen Meer als auch mit Rostow am Don verbunden sein wird“, wurde der Bürgermeister von Mariupol zitiert.

In einem Gespräch mit einem TASS-Korrespondenten stellte der Bürgermeister von Mariupol fest, dass der Passagierverkehr über das Schwarze Meer erst nach der Einrichtung des Gütertransits über die entsprechende Route in Betracht gezogen werde. Iwaschtschenko nannte diesen Seeweg eine "gute logistische Drehscheibe".



https://www.novorosinform.org/content/images/88/43/48843_720x405.jpg

7:00 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Landwirte verkaufen ihr Getreide über Russland**

Landwirte aus dem Gebiet Cherson verkaufen ihre Produkte erfolgreich über die Krim und Russland. Sie tun dies aus Gründen der persönlichen und wirtschaftlichen Sicherheit ihrer Unternehmen, so Kirill Stremousow, stellvertretender Leiter der Militär- und Zivilverwaltung des Gebietes Cherson, gegenüber der Nachrichtenagentur [TASS](https://www.tass.com). Er erklärte:

"Für die Landwirte im Gebiet Cherson gibt es eine sichere Möglichkeit, ihre Produkte auf die Krim zu exportieren, sie tun dies mit Erfolg und können es sich nicht leisten, politische Spielchen zu spielen, sie können nicht in den von den Nazis besetzten Teil der Ukraine gehen, wo dies mit Konsequenzen verbunden sein kann."

Er stellte klar, dass in den von Kiew kontrollierten Gebieten Fahrzeuge der Landwirte beschlagnahmt werden könnten und dass solche Fälle bereits mehrfach aufgetreten seien. Stremousow sagte, der Hauptgrund für den Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse über die Russische Föderation sei, dass die Landwirte wüssten, dass sie sicher zurückkehren und ihre wirtschaftliche Tätigkeit fortsetzen könnten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cf98e748fbef418e3fce04.jpg>

7:12 de.rt.com: **Spannungen im Nahen Osten: USA wollen Allianz gegen Iran aufbauen**

Kurz vor einer Nahost-Reise des US-Präsidenten Joe Biden warnt Teheran die USA davor, die Pläne für eine regionale Zusammenarbeit gegen Iran zu vertiefen. Diese Absichten seien "provokativ" und stellten eine Bedrohung der nationalen Sicherheit Irans dar.

Iran hat die Erklärung der Vereinigten Staaten, stärker an einer Koordinierung der regionalen Luftverteidigungssysteme arbeiten zu wollen, als "provokativ" bezeichnet. Das berichtete die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua. US-Präsident Joe Biden will heute eine Nahost-Reise antreten.

John Kirby, der Koordinator für strategische Kommunikation des Nationalen Sicherheitsrates der USA, hatte vor Journalisten erklärt:

"Auf bilateraler Ebene sprechen wir mit Nationen in der gesamten Region über Luftverteidigungskapazitäten und darüber, was wir tun können, um sie bei ihrer Verteidigung zu unterstützen und dann die Idee zu verfolgen, all diese Luftverteidigungssysteme zu integrieren."

Nasser Kanaani, ein Sprecher des iranischen Außenministeriums, reagierte darauf, indem er diese Erklärung als "Bedrohung der nationalen und regionalen Sicherheit" Irans einstufte. Washington arbeitet schon seit Monaten an einer militärischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten, angesichts der steigenden militärischen Fähigkeiten Irans, insbesondere im Bereich Raketen und Drohnen. Im Juni hatte das Wall Street Journal geschrieben, dass die USA bereits im März 2022 ein geheimes Treffen mit hochrangigen Militärs aus Israel und arabischen Ländern in Ägypten einberufen hätten.

Bidens Besuch im Nahen Osten soll laut Tehran Times vom 13. bis 16. Juli stattfinden. In der Region seien "Gerüchte und Spekulationen über die Tagesordnung" und über die wahren Zwecke der Reise im Umlauf, so die Zeitung. Kirbys Äußerungen nährten Spekulationen bezüglich der Pläne der USA, ein Militärbündnis gegen Iran in der Region nach dem Vorbild der europäischen NATO aufzubauen, hieß es.

Kanaani erklärte:

"Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Anhäufung von Waffen keine Sicherheit bringen kann."

Zu den Bemühungen Washingtons, engere militärische Beziehungen zwischen seinen Verbündeten im Nahen Osten zu fördern, meinte Kanaani, dass die Vereinigten Staaten solche

Fragen aus "ihren eigenen illegitimen Interessen" heraus aufwerfen und verfolgen würden. Washington wolle "Iran als Bedrohung darstellen und Spaltung in der Region säen."
Unterdessen erklärte der iranische Abgeordnete Homayoun Sameyah Nadschafabadi am 11. Juli, dass die Vereinigten Staaten ständig das Projekt der Verbreitung von Iranophobie verfolgen würden, um mehr Kunden für ihre Waffen zu finden und zusätzliche Einnahmen zu erzielen.

Ein solches Bündnis im Sinne einer "viel beschworenen künftigen Nahost-NATO", könnte jedoch "übermäßig ehrgeizig oder sogar völlig wünschenswert sein", schrieb Marwan Bischara, ein leitender politischer Analyst des katarischen Nachrichtensenders Al-Dschasira, am Montag.

Bischara erklärte:

"Machen Sie keinen Fehler, die Israelis werden niemals zur Verteidigung der Sicherheit am Golf kämpfen, geschweige denn sterben. Niemals."

Während unter den arabischen Golfstaaten einige Iran als Feind ansehen und das Land auf dieser Grundlage behandeln wollen, glauben andere, dass der Dialog mit Iran der sicherste Weg zur Lösung der zwischenstaatlichen Differenzen ist.

Katar und Oman unterhalten derzeit gute Beziehungen zu Iran. Kuwait wiederum pflegt vorsichtige Beziehungen zu Teheran. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind Iran gegenüber zwar misstrauisch, aber auch sie haben zuletzt relativ offene Verhandlungen mit Teheran geführt. Saudi-Arabien und Iran hatten in der letzten Zeit zudem mehrmals ihren Willen bekräftigt, ihre Beziehungen normalisieren zu wollen. Iran selbst hat im Rahmen einer neuen außenpolitischen Agenda, der sogenannten Nachbarschaftspolitik, seine Beziehungen zu einigen arabischen Nachbarstaaten seit 2021 verbessert, wie die Tehran Times schrieb. In den letzten Monaten tauschten sich iranische und arabische Beamte zu verschiedenen Themen aus. Die Diplomaten stünden weiterhin in engem Kontakt miteinander, so die Zeitung.

Der Nahost-Experte Arwin Ghaemian schrieb kürzlich in einem Beitrag für die iranische Nachrichtenagentur Tasnim, dass Washingtons Bemühungen um eine Konfrontation mit dem Iran "die krisengeschüttelte Region nur an den Rand weiterer Instabilität und Unruhen treiben" würden.

Kanaani wiederum warnte, dass die Einmischung von ausländischen Kräften "in regionale Prozesse nicht nur keine Sicherheit und Stabilität (schaffe), sondern als Faktor wirken (werde), der Spannungen verursacht und Spaltung sät."

Jegliche Bemühungen, den Weg für eine verstärkte Präsenz der Vereinigten Staaten in regionalen Sicherheitsmechanismen zu ebnen, "werden nichts anderes als Unsicherheit, Instabilität und die Ausbreitung des Terrorismus in der gesamten Region zur Folge haben", fügte er hinzu.

Die Schaffung eines gemeinsamen Verteidigungspaktes in der Region durch die Vereinigten Staaten, unter Beteiligung und verdeckter Führung Israels, sei "ein bedrohlicher Akt", twitterte Nour News, das dem Obersten Nationalen Sicherheitsrat Irans angeschlossen ist, am Wochenende. Auf eine Umsetzung solcher Pläne, sollten diese die Sicherheit des Irans in irgendeiner Weise bedrohen, werde Teheran mit einer entschlossenen Antwort auf die nächstgelegenen und am leichtesten erreichbaren Ziele reagieren.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62ce73e848fbef125849fb58.jpeg>
Übung der iranischen Armee

7:30 de.rt.com: **Präsidentin des BRICS-Forums: "Ägypten, Türkei und Saudi-Arabien wollen der Gruppe beitreten"**

Kairo, Ankara und Riad planen einen Antrag auf den Beitritt zum Format der BRICS-Staaten. Dies berichtete die Zeitung Iswestija am Donnerstag unter Berufung auf Purnima Anand, die Präsidentin des internationalen BRICS-Forums. Sie erklärte:

"Alle diese Länder haben ihr Interesse an einem Beitritt bekundet und bereiten sich auf die Beantragung der Mitgliedschaft vor. Ich halte dies für einen guten Schritt, denn Expansion wird immer positiv gesehen und wird den Einfluss der BRICS in der Welt deutlich erhöhen." Ihrer Meinung nach dürfte es nicht lange dauern, bis diese Länder der Staatengruppe beitreten. Sie fügte hinzu, dass Diskussionen und eine mögliche Entscheidung über den Beitritt einiger der fünf Staaten Argentinien, Ägypten, Iran, Saudi-Arabien und Türkei bereits auf dem nächsten Gipfel erwartet werden könnten. Anand hob hervor:

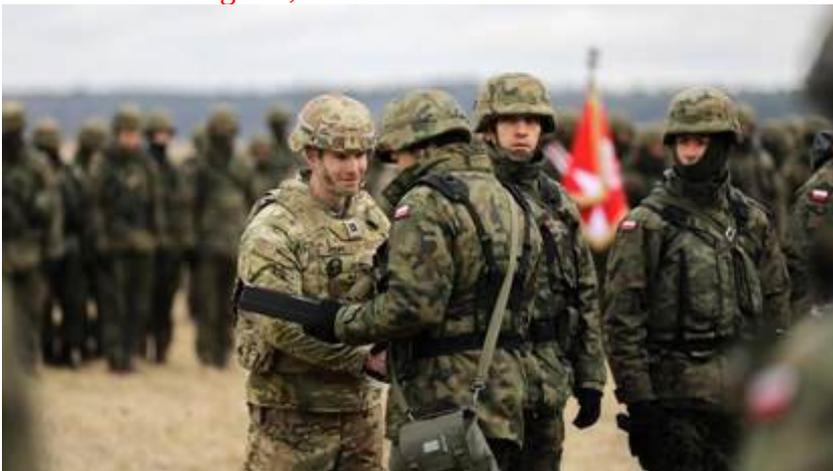
"Ich hoffe, dass der Beitritt der BRICS-Länder sehr schnell erfolgen wird, denn jetzt sind alle Vertreter des Kerns der Vereinigung an einer Erweiterung interessiert. Es wird also sehr bald passieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cf9a9348fbef16707b0ed0.jpg>
Purnima Anand

9:03 (8:03) novorosinform.org: **Polen erhalten einen Sonderstatus in der Ukraine für die Stationierung von Truppen durch Warschau - Ex-Diplomat Ischtschenko**

Als Reaktion auf Polens Stationierung seiner Armee auf ukrainischem ukrainischen Gebiet versprach Selenskij, den Bürgern dieses Landes einen Sonderstatus zu geben, sagte der ehemalige Diplomat Rostislaw Ischtschenko gegenüber Ukraina.ru. Zuvor hatte die Rada einen Gesetzentwurf über den Sonderstatus polnischer Staatsbürger in der Ukraine eingebracht. Sobald die Polen ihn erhalten, werde Andrzej Duda seine Truppen sofort in die Westukraine des Landes bringen, sagte Ischtschenko. Er fügte hinzu, dass die Rada bald den Gesetzentwurf "über einen Sonderstatus" billigen werde, und dies der Beginn der Besetzung von Gebieten der Ukraine durch Polen sein würde. „Im Gegenzug erwartet Kiew (auch Washington und London) 20.000 polnische Soldaten in der Westukraine. Selenskij braucht dies, um 30.000 reguläre ukrainische Soldaten und 20-30.000 territoriale Verteidigungskräfte, die in den westlichen Regionen stationiert sind, an die Ostfront zu verlegen“, meint Ischtschenko.



https://www.novorosinform.org/content/images/88/47/48847_720x405.jpg

8:05 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Panteleimonowka mit Geschossen im NATO-Kaliber**

Ukrainische Truppen sollen Panteleimonowka in der Volksrepublik Donezk mit Geschossen im NATO-Kaliber 155 Millimeter beschossen haben. Das [teilte](#) die DVR-Vertretung im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfa1c2b480cc326734502f.jpg>

8:35 de.rt.com: **Russische Botschaft in den USA: Einseitige US-Sanktionen erschweren Importe von Agrargütern**

Die einseitigen Sanktionen Washingtons und die damit verbundene Unterbrechung der Lieferketten stellen die Importeure von Agrarprodukten vor erhebliche Probleme. Die russische Botschaft in den USA [erklärte](#) am Mittwoch auf eine Medienanfrage: "Washington setzt aktiv unrechtmäßige einseitige Sanktionen ein, um den Handel und die

wirtschaftlichen Beziehungen unseres Landes mit der Außenwelt zu blockieren, und ist bereit, die Lieferketten weiter zu untergraben. Infolgedessen haben die importierenden Staaten erhebliche Schwierigkeiten bei der Beschaffung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen." Darüber hinaus stellte die diplomatische Vertretung Russlands fest, dass "die Anschuldigungen, Russland behindere den Export von Agrarprodukten aus der Ukraine auf dem Seeweg, keiner Kritik standhalten". Die Botschaft betonte: "Unser Land mischt sich nicht in den Export ein. Die Verantwortung liegt bei den Kiewer Behörden, die die Gewässer des Schwarzen Meeres vermint haben."

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 14.7.2022
Bei Gefechten mit Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:

- 58 Mann;
- 9 Schützenpanzerwagen;
- 6 Fahrzeuge.

15 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte trafen die richtige Entscheidung, **legten die Waffen** nieder und retteten so ihr Leben.

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR entminen weiter das Territorium der Republik.

So haben Pioniere der Volksmiliz der LVR gestern mehr als 6 Hektar Territorium von explosiven Objekten, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Borowskoje und Sirotino zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner der befreiten Territorien der Republik fort.

So hat die Volksfront gemeinsam mit Freiwilligen aus der Oblast Rostow mit Unterstützung der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe an bedürftige Bürger von Rubeshnoje geliefert.

8:45 de.rt.com: **Polen: Beschäftigte der Post sollen an der Waffe ausgebildet werden**

Erst kürzlich führte Polen einen "freiwilligen Wehrdienst" ein. Nun sollen in dem EU-Mitgliedsland die Beschäftigten der Post von Soldaten an der Waffe ausgebildet werden. Die freiwillige Ausbildung soll demnach der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft Polens dienen.

Die Beschäftigten der Post in Polen sollen von Soldaten an der Waffe ausgebildet werden. Eine entsprechende Vereinbarung mit dem Heimatschutz (WOT) der polnischen Armee werde im August unterzeichnet, erklärte ein Sprecher der Post am Mittwoch der Nachrichtenagentur dpa. In einem Erlass des Postvorstandes heißt es demnach, die Beschäftigten sollen in dem Kurs die Sicherheitsregeln im Umgang mit Waffen lernen und "grundlegende Schießfertigkeiten" erwerben. Die Ausbildung diene der Verbesserung der Verteidigungsbereitschaft Polens, zitiert die dpa in ihrem Bericht den Sprecher des Heimatschutzes, der dies gegenüber der Zeitung Dziennik Gazeta Polska gesagt haben soll. Polen hatte die Wehrpflicht im August 2009 abgeschafft. Seit längerem plant das EU-Mitgliedsland, die Zahl seiner Streitkräfte zu vergrößern. Derzeit verfügt das Land über rund 110.000 Soldaten der regulären Armee und mehr als 32.000 Personen der Territorialverteidigung, einer größtenteils aus Freizeitsoldaten bestehenden Truppe. Erst im April hatte Polen einen "freiwilligen Wehrdienst" eingeführt, der rund ein Jahr dauern soll. Der Sold wird den Angaben zufolge umgerechnet knapp 1.000 Euro betragen. Nach einer vierwöchigen Grundausbildung legen die Freiwilligen Eid ab und durchlaufen dann eine Spezialausbildung in einer Einheit. Nach der Absolvierung dieses einen Jahres können sie dann leichter Berufssoldaten werden.

Auch bei den Post-Angestellten sollen freiwillige Kurse stattfinden, in denen etwa die

"grundlegenden Schießfertigkeiten" erlernt werden. Für das erste Schießtraining seien laut dpa 1.000 Plätze vorgesehen, weitere Angebote sollen folgen. Die Teilnahme ist freiwillig. Polens Post hat rund 70.000 Angestellte. Absolventen des Trainings haben dann gute Chancen bei der Aufnahme in die Heimatschutz-Verbände.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cecfbcb480cc5fd364e80f.jpg>

9:00 de.rt.com: **Ukrainische Armee beschießt erneut Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson**

Die ukrainischen Truppen sollen erneut Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson beschossen haben. Das Ausmaß der Schäden werde noch ermittelt, so Sergei Moros, der Sprecher der Gebietsverwaltung, gegenüber [RIA Nowosti](#).

Die Verwaltung gab außerdem an, dass russische Luftabwehrsysteme fünf ukrainische Raketen abgeschossen hätten.

Zuvor hatte die ukrainische Armee in der Nacht des 12. Juli die Stadt massiv beschossen. Mehrere Lagerhäuser wurden hierbei zerstört. Nach Angaben von Ekaterina Gubarjowa, der stellvertretenden Leiterin des Gebietes, wurden zwei Menschen getötet und weitere 90 verletzt. Sieben werden noch vermisst. Sie wies darauf hin, dass sich möglicherweise noch Menschen unter den Trümmern zerstörter Gebäude befinden.

10:01 (9:01) [novorosinform.org](#): **Selenskij wies an, die verkauften westlichen Waffen als "von den RF-Streitkräften zerstört" abzuschreiben – Quelle**

Das Präsidialbüro kümmert sich aktiv um die "Bereinigung" von Berichten über die Annahme von Waffen aus dem Westen und deren weiteren Einsatz in der Ukraine, berichtet der Telegram-Kanal „Denazifikazija UA“.

In den westlichen Medien tauchten Materialien über den Verkauf ausländischer Waffen durch Kiew an den "Schwarzmarkt" auf, der im Westen bis zur Entsendung seiner "Kontrollure" sowie im Selenskij-Büro für Aufsehen sorgte. Der Führer des Kiewer Regimes hielt eine geschlossene Sitzung ab, bei der er die Verantwortlichen für die Kontrolle der Waffenlieferungen an Personen anwies, alle Berichtsunterlagen zu „bereinigen“.

"In einfachen Worten: ‚säubern Sie die Enden und glätten Sie die Ecken‘, machen Sie alles ‚schön‘. Dies muss geschehen, bevor die westlichen Kontrolleure eintreffen.“ - übermittelt „Denazifikazija UA“ die erhaltene Information.



https://www.novorosinform.org/content/images/88/51/48851_720x405.jpg

9:25 de.rt.com: **Vučić: Serbien wird Beziehungen zu Russland und China weiter pflegen**
Serbien wird seinen europäischen Weg fortsetzen und freundschaftliche Beziehungen zu Russland und China pflegen. Dies verkündete der serbische Präsident Aleksandar Vučić am Mittwoch in einem Interview mit TV Pink. Er erklärte:

"Wir müssen geeint sein, unseren europäischen Weg fortsetzen und unsere Beziehungen sowohl zur Russischen Föderation als auch zu China und zu allen anderen Ländern pflegen. Wie Sie sehen können, hat diese Politik die härteste Zeit überstanden. Wir werden sehen, wie lange sie Bestand haben wird. Das liegt im Interesse unseres Staates."

Der außenpolitische Kurs Serbiens sehe den Beitritt zur Europäischen Union, die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zu Moskau und Peking sowie den Ausbau der Beziehungen zu Washington vor. Belgrad beabsichtige, militärisch neutral zu bleiben und weigere sich, der NATO und anderen militärisch-politischen Blöcken beizutreten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cf9f04b480cc326734502d.jpg>

9:28 de.rt.com: **Kein Krieg am Strand: Russische und ukrainische Touristen friedlich nebeneinander in der Türkei**

Die Befürchtungen türkischer Hoteliers, es könne zu Konflikten zwischen russischen und ukrainischen Touristen kommen, haben sich laut Medienberichten mittlerweile als unbegründet erwiesen. Selbst im gleichen Hotel gebe es keine Auseinandersetzungen zwischen Russen und Ukrainern.

An den Stränden der Türkei gibt es keine Auseinandersetzungen zwischen Touristen aus Russland und der Ukraine, wie Journalisten des Radiosenders Business FM herausgefunden haben wollen. Eine Umfrage unter russischen Touristen, die in türkischen Ferienorten Urlaub machen, habe ergeben, dass es zu keinen Konflikten zwischen Russen und Ukrainern kommt – selbst wenn sie in demselben Hotel untergebracht sind.

"Nach den Gesprächen mit den anderen Hotelkunden hat man das Gefühl, dass zehn Prozent der Gäste aus der Ukraine kommen, aber es gibt absolut keine Konfliktsituationen", betonte einer der Touristen gegenüber dem Radiosender und ergänzte: "Ich habe sogar eine Familie aus Kiew kennengelernt, da unsere Kinder miteinander gespielt haben, aber es hat keine Spannungen gegeben."

Noch im Frühjahr planten türkische Hoteliers aus Angst vor wachsenden Konflikten, Unterkünfte für Touristen aus Russland und der Ukraine so zu organisieren, dass sie sich möglichst nicht begegnen werden. Wie die Umfrage von Business FM zeigt, wurden in einigen Hotels potenzielle Konfliktsituationen zwischen Russen und Ukrainern nun tatsächlich auf diese Weise gelöst. Ein Gast aus Moskau bestätigte, dass es in dem Hotel, in dem er wohnt, überhaupt keine ukrainischen Touristen gebe:

"Soweit ich weiß, findet die Aufteilung nicht einmal auf der Ebene der Reiseveranstalter statt, sondern auf der Ebene der türkischen Unternehmen, die die Anträge unter den Hotels verteilen. Ich musste feststellen, dass in dem von meiner Familie und mir gewählten Hotel nur Russen und Staatsangehörige von Kasachstan untergebracht waren – genau wie mir mein Reiseveranstalter versicherte. Ich habe dort keinen einzigen ukrainischen Gast gesehen, woraus ich schließe, dass es tatsächlich eine Verteilung der Touristenströme gibt."

Unmittelbar nach dem Beginn der kriegerischen Eskalation in der Ukraine kam es in der Türkei zu zahlreichen Konflikten zwischen ukrainischen und russischen Touristen – wie Business FM berichtet, wurden sogar Massenschlägereien gemeldet. Wie die Interviewpartner des Radiosenders betonten, sei die Situation in den türkischen Ferienorten nun jedoch entspannt. Auch Touristen aus anderen Ländern würden sich den Russen gegenüber weitgehend friedlich zeigen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cec26448fbef145723a555.jpg>

9:50 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Alexandrowka**

Die ukrainische Armee soll Alexandrowka in der Donezker Volksrepublik beschossen und dabei 21 Minen eingesetzt haben. Dies [teilte](#) am Donnerstag die Vertretung der Volksrepublik Donezk beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands mit.

Der Beschuss soll von der Siedlung Marinka aus durchgeführt worden sein.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.7.22 um 10:30 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK der DVR mehr als 430 Geschosse mit Mehrfachraketenwerfern „Uragan“ und „Grad“, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern abgefeuert.

Die Gebiete von 17 Ortschaften der Republik wurden beschossen. Durch Beschuss wurden 6

Zivilisten verletzt, 2 starben.

14 Wohnhäuser und ein ziviles Infrastrukturobjekt wurde beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 3 Fahrzeuge, 2 Schützenpanzerwagen und 40 Mann. 4 Feuerstellungen des Gegners im Gebiet von Krasnogorowka wurden beseitigt.

Dank operativ eingehender Informationen von Bürgern auf dem von den ukrainischen Nazis kontrollierten Territorium, haben unsere Artillerieeinheiten in dieser Woche rechtzeitig Positionen des Gegners beschossen, die chaotisch Wohngebiete unserer Republik beschossen haben. Außerdem wurden 6 Munitionslager im Gebiet von Krasnogorowka und Marjinka vernichtet.

Wir wenden uns an alle Bürger, wenn Sie Augenzeugen von Verbrechen ukrainischer Kämpfer werden, versuchen Sie verdeckt Videos oder Fotos der Sachverhalte zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach der Absendung der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung ukrainischer Kriegsverbrecher mit der ganzen Strenge des Gesetzes genutzt werden.

10:15 de.rt.com: Mehr als 1.000 Beschießungen der Volksrepublik Lugansk seit dem 17. Februar dokumentiert

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Gebiet der Volksrepublik Lugansk (LVR) seit der Eskalation der Lage im Donbass am 17. Februar mehr als 1.000 Mal beschossen haben. Das [erklärte](#) die LVR-Mission beim Gemeinsamen Kontroll- und Koordinierungszentrum des Waffenstillstands am Donnerstag.

Nach Angaben der LVR-Vertretung seien in diesem Zeitraum 72 LVR-Einwohner, darunter drei Kinder, getötet worden. Außerdem habe es 219 Verletzte, darunter 19 Kinder, gegeben. 1.862 Haushalte in 31 Orten sowie 163 zivile Infrastruktureinrichtungen seien beschädigt oder zerstört worden.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cfb43f48fbef15e55f29c0.jpg>

Ein beschädigtes Wohnhaus in Lisitschansk, LVR

10:45 de.rt.com: **Sewersk unter operativer Kontrolle der LVR und russischer Streitkräfte**
Streitkräfte der LVR und Russlands sollen Berichten zufolge die Stadt Sewersk unter operative Kontrolle gebracht haben. Das teilte eine der LVR-Volksmiliz nahestehende Quelle

der Nachrichtenagentur [TASS](#) mit. Die Quelle berichtete:

"Die alliierten Streitkräfte sind bereits in Sewersk eingetroffen. Wir können sagen, dass die Stadt unter unserer Kontrolle ist und die Aufräumarbeiten im Gange sind. In naher Zukunft wird Sewersk völlig frei von ukrainischen Truppen sein."

11:10 de.rt.com: **Selenskij verspricht harte Reaktion auf Pjōngjangs Anerkennung der Donbass-Republiken**

Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hat erklärt, dass Kiew auf die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk durch Nordkorea hart reagieren werde. In einer Videobotschaft verkündete er:

"Heute erklärten Vertreter der Besatzungsstrukturen in Donezk, sie seien, wie sie sagen, von Nordkorea anerkannt worden. Wir werden auf allen Ebenen hart reagieren, ansonsten ist dies eine Nachricht, die keine weiteren Kommentare erfordert. Alles ist offensichtlich."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cfba9fb480cc326734503a.jpg>

12:10 (11:10) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine beschossen den Bezirk Kuibyschewskij-Bezirk in Donezk – Stab der Territorialverteidigung**

Ukrainische Truppen starteten einen Artillerieangriff auf den Kuibyschewskij-Bezirk in der Hauptstadt der DVR mit NATO-Waffen, teilte der Stab der Territorialverteidigung mit.

"In Wohngebieten von Donezk wird Nato-Artillerie im Kaliber 155 mm eingesetzt", heißt es in dem Bericht.

Nach Angaben der Behörde wurde der Angriff von den Positionen der Streitkräfte der Ukraine im Gebiet von Perwomajsk geführt. Auch der Petrowskij-Bezirk wurde beschossen.

"Sie BFU feuern aus Stellungen in Marinka Mörser mit einem Kaliber von 120 mm auf den Petrowskij-Bezirk in Donezk", heißt es in dem Text.

Laut Militärkorrespondenten blieben infolge des Beschusses der Streitkräfte der Ukraine in der DVR etwa 5.000 Haushalte ohne Stromversorgung. Daten über Tote und Verwundete gingen nicht ein. Die Angaben werden noch aktualisiert.



https://www.novorosinform.org/content/images/88/64/48864_720x405.jpg

11:20 de.rt.com: **Wegen hoher Energiepreise: EU rechnet für 2022 mit Rekord-Inflation von 7,6 Prozent**

Angesichts der hohen Energiepreise rechnet die EU-Kommission bei der Inflation im Euro-Raum in diesem Jahr mit einem historischen Höchstwert. Im Jahresdurchschnitt wird die Teuerung voraussichtlich 7,6 Prozent erreichen, wie aus der Prognose der Brüsseler Behörde am Donnerstag hervorgeht.

Seit Wochen wird von Volkswirten wiederholt erklärt, dass man sich auf eine hohe Inflation einstellen müsse. Und jene sei "weltweit gekommen, um zu bleiben", wie es der Ökonom Niklas Potrafke sagte. Für dieses Jahr rechnet nun auch die EU-Kommission mit Höchstwerten bei der Inflation im Euro-Raum. Wie aus der Sommer-Konjunkturprognose der Brüsseler Behörde am Donnerstag hervorgeht, werde die Teuerung im Jahresdurchschnitt voraussichtlich 7,6 Prozent erreichen.

Bei ihrer Frühjahrsprognose im Mai war die Kommission noch von 6,1 Prozent Inflation für die Euro-Länder ausgegangen.

In der gesamten Europäischen Union wiederum wird demnach in diesem Jahr eine Preissteigerung von 8,3 Prozent erwartet, statt 6,8 Prozent. Im kommenden Jahr soll sich die Inflation etwa halbieren, bei durchschnittlichen 4 Prozent im Euro-Raum und 4,6 in der EU. Beim Wirtschaftswachstum geht die EU-Kommission nach wie vor davon aus, dass die EU-Wirtschaft 2022 um 2,7 Prozent wachsen wird. Im Euro-Raum werden 2,6 Prozent Wachstum erwartet, eine leichte Anpassung verglichen mit den im Mai vorhergesagten 2,7 Prozent.

Für das nächste Jahr korrigierte die Kommission ihre Vorhersagen allerdings deutlich nach unten. Sie geht von 1,5 Prozent Wachstum in der gesamten EU und 1,4 Prozent im Euro-Raum aus. Im Mai sprachen die Ökonomen noch von 2,3 Prozent sowohl in der EU als auch in der Eurozone. Hintergrund ist unter anderem die Lage an den Energiemärkten.

In den vergangenen Monaten sind die Energiepreise wie etwa bei Gas und Sprit in die Höhe geschossen. Dies führte auch zum Anstieg bei den Lebensmittelpreisen.

Am Mittwoch schlugen das Evangelische Werk für Diakonie und der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Marcel Fratzscher, Alarm. Sie betonten, dass die Inflation einkommensschwache Haushalte überproportional treffe. In vielen Fällen führe sie zu existenzbedrohenden Krisen. Die bisherigen Entlastungen seien unzureichend. Die Diakonie schlug vor, dass Bedürftige einen Krisenzuschlag auf ihre staatliche Leistung von mindestens 100 Euro pro Monat für eine Dauer von sechs Monaten erhalten.

Nach Anagen von DIW geben die einkommensschwächsten 20 Prozent der Haushalte mehr als 62 Prozent ihrer Konsumausgaben für Nahrungsmittel, Wohnen und Haushaltsenergie aus. Bei den einkommensstärksten 20 Prozent sind es demnach 44,1 Prozent.

Diakonie-Präsident Ulrich Lilie berichtete, dass die Notlage von Millionen Menschen sich immer stärker in den Tafeln zeige:

"Dort begegnen wir tagtäglich verzweifelten Menschen, die nicht mehr wissen, wie sie ihre Heizung oder ihre Wohnkosten oder ihre immer teurer werdenden Lebensmittel bezahlen sollen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfe630b480cc250816f31a.jpg>

11:25 de.rt.com: **Sacharowa: USA liefern Kiew Informationen für HIMARS-Beschuss des Donbass**

Die USA sollen Kiew nachrichtendienstliche Informationen für den Beschuss des Donbass mit HIMARS-Mehrfachraketenwerfer zur Verfügung gestellt haben. Dies berichtete die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa bei einem Briefing. Weiter hieß es:

"Die US-Seite hat nicht nur die notwendigen geheimdienstlichen Informationen geliefert, sondern auch verdeckt Ausbilder entsandt, die den Vertretern des Kiewer Regimes geholfen haben, richtig zu zielen."

Sacharowa wies auch darauf hin, dass die ukrainischen Truppen angewiesen worden seien, diese Systeme gegen Zivilisten einzusetzen. Die Pressesprecherin begründete ihre Worte mit Meldungen in der ukrainischen und westlichen Presse.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfd81b48fbef1732775cde.jpg>

12:35 (11:35) **novorosinform.org: Das russische Militär griff den Standort der Streitkräfte der Ukraine im Zentrum von Winniza an**

Der Raketenangriff der russischen Streitkräfte traf das Haus der Offiziere und einen Militärstandort der Streitkräfte der Ukraine in Winniza, berichtet der Telegram-Kanal Rybar. Demnach feuerten russische Truppen etwa drei Raketen aus dem Schwarzen Meer ab. Derzeit ist der gesamte zentrale Teil der Stadt in Rauch gehüllt, es gibt Berichte über schwere Schäden an den Gebäuden des Hauses der Offiziere und des nahe gelegenen Standorts der

Streitkräfte der Ukraine.

"In Winniza flog eine Rakete in das Haus der Offiziere. Drinnen ist alles zerstört", berichten lokale Telegram-Kanäle.



https://www.novorosinform.org/content/images/88/66/48866_720x405.jpg

11:50 de.rt.com: **Gebiet Cherson: Neue Regierung nimmt Arbeit auf**

Die in der vergangenen Woche gebildete Regierung des Gebietes Cherson hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie werde derzeit weiter strukturiert, teilte der stellvertretende Leiter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebietes Cherson Kiril Stremousow gegenüber [TASS](#) mit. Er erklärte:

"Wir sagen nicht einfach, dass wir uns in die Russische Föderation integrieren werden. Wir integrieren uns auf der Grundlage der Erfahrungen von Praktikern, die auf der Ebene russischer Beamter arbeiten, die bereits die Arbeit der staatlichen Gebietsverwaltung von Cherson anpassen und uns helfen, auf einen gemeinsamen gesetzlichen Rahmen umzustellen." Stremousow fügte hinzu, dass die Integration unter anderem notwendig sei, damit nach dem Referendum über den Beitritt zur Russischen Föderation, falls die Einwohner sich dafür entscheiden, der Übergang nicht lange dauern würde und die Behörden sofort auf die russischen Standards umstellen könnten.

nachmittags:

12:05 de.rt.com: **Biden in Israel: USA werden Nahost nicht Russland und China überlassen**

Der US-Präsident inszenierte sich in Israel als überzeugter Zionist. Zum Auftakt seiner Reise in den Nahen Osten behauptete Biden, dass die USA für "Stabilität" in der Region sorgen. Laut Biden dürfen sich die USA nicht aus dem Nahen Osten zurückziehen, weil bei diesem US-Schritt sonst Russland und China das Vakuum in der Region füllen würden.

Joe Biden hat am Mittwoch seine erste Nahost-Reise angetreten. Nach der Ankunft in Israel sagte der US-Präsident, die Beziehungen zwischen Israel und den USA seien in seinen Augen "tiefer und stärker als jemals zuvor". Biden bekräftigte die "unerschütterliche Verpflichtung" der USA für Israels Sicherheit, was die Partnerschaft im militärischen Bereich einschließe. Israels Ministerpräsident [Jair Lapid](#) begrüßte Biden mit den Worten, dieser sei "ein Zionist und einer der besten Freunde, die Israel jemals gekannt hat". Zuvor hatte Biden seinen bekannten Ausspruch wiederholt:

"Man muss nicht Jude sein, um Zionist zu sein."

Die USA und Israel wollen anlässlich des ersten Besuchs von Joe Biden als US-Präsident im Nahen Osten vor allem Iran "eindringlich vor einer Eskalation der Spannungen in der Region" warnen. Biden und der neue israelische Ministerpräsident Jair Lapid würden am Donnerstag eine entsprechende gemeinsame Erklärung unterzeichnen. In der Erklärung werde

festgehalten sein, dass man "gegen die destabilisierenden Aktivitäten Irans vorgehen" werde, insbesondere gegen die Bedrohung Israels.

Biden wird nach einem Abstecher in das Westjordanland direkt von Israel aus nach Saudi-Arabien fliegen, wo er am Gipfel des Golf-Kooperationsrats in Dschidda teilnehmen will. Berichten zufolge zielt Biden in seiner Nahost-Tour darauf ab, in der Region eine Art "Mini-NATO" gegen Iran unter Beteiligung der Golfstaaten und Israels in Gang zu bringen. Der US-Präsident sagte am Mittwoch gegenüber dem israelischen Sender [Channel 12](#), dass er als "letztes Mittel" Gewalt gegen Iran anwenden werde, um zu verhindern, dass Teheran in den Besitz von Atomwaffen komme. Biden betonte jedoch, dass er es vorziehe, stattdessen mit den Iranern weiter über das Atomprogramm des Landes zu verhandeln. Biden machte allerdings deutlich, dass die USA sich von den festgefahrenen Atomgesprächen verabschieden werden, wenn Iran die Rückkehr zu dem aufgekündigten Deal von der Streichung der Iranischen Revolutionsgarde (IRGC) aus der schwarzen Liste der US-Regierung abhängig mache.

Die israelische Journalistin Yonit Levi fragte den US-Präsidenten, ob er irgendwelche Zusagen von israelischen Beamten erhalten habe, dass Israel nicht auch ohne grünes Licht der USA militärisch gegen die Atomanlagen Irans vorgehen werde. "Darüber werde ich nicht diskutieren", antwortete Biden. Er wollte sich auch nicht über eine mögliche israelische Beteiligung an einer möglichen Militäraktion der USA gegen Teheran äußern.

Zum Zweck seiner viertägigen Reise in den Nahen Osten behauptete Biden, die USA wollten mit der Tour für die "Stabilität" im Nahen Osten sorgen. Die USA können sich nicht aus dem Nahen Osten zurückziehen, weil bei diesem Schritt sonst Russland und China das Vakuum in der Region füllen würden, sagte er.

Es wird erwartet, dass während des Biden-Besuchs auch eine Ankündigung über einen signifikanten Fortschritt in Richtung der Normalisierung der Beziehungen zwischen Israel und Saudi-Arabien erzielt wird. Dazu sagte Biden, "die Beziehung in Bezug auf die Akzeptanz der Anwesenheit des anderen zu erhöhen ... Das ergibt alles Sinn für mich." Während Biden im Vorfeld das Streben nach regionaler Integration und Sicherheit unter Einschluss Israels als den Hauptgrund seiner Reise bezeichnete, glauben Beobachter, dass es ihm in Wirklichkeit in erster Linie darum geht, Saudi-Arabien von einer Ausweitung seiner Ölproduktion zu überzeugen. Die USA zielen nämlich darauf ab, die Golfstaaten auch bezüglich der Politik der Ölförderung wieder stärker auf ihre Seite zu ziehen, da sich in letzter Zeit Moskau und die Golfstaaten im Rahmen der erweiterten Öl-Allianz OPEC+ zur gemeinsamen Festsetzung von der Fördermengen für den Markt angenähert hatten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfc63748fbef134d7dad0.jpg>

12:15 de.rt.com: Lugansker Volksmiliz erbeutet erstmals US-Haubitze M777 als Trophäe

Truppen der Lugansker Volksmiliz haben bei Kampfhandlungen erstmals eine US-amerikanische Haubitze M777 im Kaliber 155 Millimeter als Trophäe erbeutet, wie die Volksmiliz [erklärte](#).

Zuvor hatten die USA Kiew mit Langstreckenhaubitzen vom Typ M777 im Kaliber 155 Millimeter beliefert, die von den ukrainischen Streitkräften wiederholt beim Beschuss von Städten, darunter Donezk, eingesetzt wurden. Bei den Angriffen kamen mehrere Zivilisten ums Leben.

12:40 de.rt.com: **Cherson-Beamte: Ukrainische Armee beschoss gezielt Wohngebiete in Nowaja Kachowka**

Beim erneuten nächtlichen Beschuss von Nowaja Kachowka hat die ukrainische Armee Wohngebiete ins Visier genommen. Das verkündete die stellvertretende Leiterin der Militär- und Zivilverwaltung des Gebiets Cherson Ekaterina Gubarjowa. Sie erklärte laut [RIA Nowosti](#):

"Sie hatten es auf Wohngebiete im Stadtzentrum abgesehen. Dreißig Raketen wurden abgefeuert, aber nur drei erreichten das Stadtzentrum. Das Luftabwehrsystem arbeitete gut koordiniert und präzise. Der Einschlag im Industriegebiet war noch das geringste Übel. Der Schaden war gering. In einigen Häusern sind die Fensterscheiben zerbrochen. Wir bauen alles wieder auf."

Gubarjowa zufolge gab es keine Verletzten.

12:41 de.rt.com: **"Die Welt wird allmählich von Angst beherrscht" – UN-Expertin kritisiert westliche Sanktionen**

Die westlichen Staaten begründen ihre einseitigen Sanktionen gerne mit Demokratie und Menschenrechten. Die UN-Expertin für Sanktionen widerspricht dem allerdings – ihr zufolge werden die Grundrechte der Bürger gerade durch die Zwangsmaßnahmen beschnitten.

Alena Douhan, Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für die negativen Auswirkungen unilateraler Zwangsmaßnahmen auf die Ausübung der Menschenrechte, hat in einem Interview mit der amtlichen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua gefordert, dass humanitäre Belange immer Vorrang vor politischen haben sollten und einseitige Maßnahmen wie Sanktionen nur unter Berücksichtigung der Rechtsstaatlichkeit ergriffen werden dürften. Die meisten der heutigen unilateralen Sanktionen – die hauptsächlich durch die westlichen Staaten unter Führung der USA verhängt werden – sind laut Douhan, die vor ihrer UN-Position eine Professur für Völkerrecht innehatte, nicht vom Völkerrecht gedeckt. Sie erklärte:

"Ich würde sagen, dass etwa 98 Prozent der heute ergriffenen einseitigen Sanktionen gegen die internationalen Verpflichtungen der Staaten verstoßen."

Während ihres jüngsten Besuchs in Simbabwe habe sie erfahren, dass einige Studenten dort aufgrund einseitiger Sanktionen nicht mehr in Vollzeit studieren konnten. Wenn diese Studenten zu den Prüfungen zurückkamen, hätten sie auf der Straße schlafen müssen, empörte sich die UN-Vertreterin. Dazu erklärte die Völkerrechtlerin:

"Wir haben eindeutig festgestellt, dass die Anwendung einseitiger Sanktionen und einseitiger Zwangsmaßnahmen das Recht auf Entwicklung beeinträchtigt und die Erreichung jedes einzelnen nachhaltigen Entwicklungsziels verhindert."

Das Recht auf Gesundheit werde besonders stark beeinträchtigt, insbesondere angesichts der COVID-19-Pandemie. Das habe sie bei ihren jüngsten Besuchen in Venezuela und anderen Ländern beobachtet.

Da es in Venezuela kein Benzin gebe, sei es für Frauen äußerst schwierig, ein Krankenhaus aufzusuchen, um eine medizinische Grundversorgung zu erhalten, da die Transportkosten so hoch wie ein Monatsgehalt sein können.

Die UN-Expertin sagte, dass die Sterblichkeitsrate bei Frauen und Neugeborenen immer

weiter ansteige, da viele Krankenhäuser aufgrund der Sanktionen nicht über die nötigen Einrichtungen verfügen, um junge Mütter und ihre Babys zu versorgen.

Sie betonte, dass Sanktionen, die meist im Namen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit verhängt wurden, genau diese Grundsätze, Werte und Normen untergraben.

Douhan zitierte einschlägige Umfrageergebnisse, wonach die allgemeine Sterblichkeitsrate in Venezuela unter den Sanktionen um 31 Prozent gestiegen sei.

Die Völkerrechtlerin verwies zudem auf die negative Rolle von extraterritorialen Sekundärsanktionen und Sanktionsdrohungen, die zu einer Übererfüllung bestehender Sanktionsregime führten und die sanktionierten Staaten und deren Bevölkerung am Erwerb lebenswichtiger Güter hinderten.

Einem ihrer Berichte zufolge führte die Behinderung des Kaufs von Impfstoffen dazu, dass etwa 2,6 Millionen Kinder in Venezuela der Gefahr von Meningitis, Rotavirus-Infektionen, Malaria, Masern, Gelbfieber und Grippe ausgesetzt sind.

Während eines 12-tägigen Besuchs in Iran erfuhr sie, wie Patienten, die an seltenen Krankheiten und Behinderungen leiden, durch Sanktionen die benötigten Medikamente und Hilfsmittel vorenthalten werden. Sie sagte:

"Ich bin sehr besorgt über die lebensbedrohlichen Folgen der hohen Kosten und in einigen Fällen des völligen Fehlens von Spezialarzneimitteln und medizinischer Ausrüstung aufgrund der sanktionsbedingten Handels- und Finanzbeschränkungen."

Douhan wies darauf hin, dass selbst in Situationen, in denen Ausnahmen aus humanitären Gründen gelten, natürliche und juristische Personen wie Banken und Schiffe aus Angst vor der Verantwortung zögern, sich an Transaktionen zu beteiligen, was zu einer Übererfüllung der bereits massiven Sanktionsregelungen führt.

Sie führte das Beispiel eines chinesischen Geschäftsmannes an, der im März 2020, also zu Beginn der Corona-Pandemie, Masken und andere dringend benötigte medizinische Schutzmaterialien spenden wollte. Die Sendung konnte jedoch ihren endgültigen Bestimmungsort nicht erreichen, da der Spediteur, ein US-amerikanisches Unternehmen, sich in letzter Minute weigerte, die Waren auszuliefern, und sich dabei auf die Sanktionsbestimmungen der Vereinigten Staaten berief. Dazu erklärte die Völkerrechtlerin: "Wir sehen uns mit einer neuen Tendenz zu Sekundärsanktionen und der Übererfüllung von Vorschriften konfrontiert. ... Die Welt wird allmählich von Angst beherrscht."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfce94b480cc50ad326593.jpeg>

14:01 (13:01) novorosinform.org: **"Kraken"-Kämpfer, die nicht in die Offensive gegen Kramatorsk gehen wollten, wurden von ihren Kommandeuren erschossen - russisches Verteidigungsministerium**

Sechs Kämpfer des ukrainischen Nationalbataillons "Kraken" wurden nach einer Auseinandersetzung mit ihren Kommandeuren getötet. Der Konflikt sei vor dem Hintergrund

des massiven Widerwillens entstanden, dem Befehl der Führung nachzukommen, in die Region Kramatorsk vorzudringen, teilte das russische Verteidigungsministerium mit. "Mehr als 200 Kämpfer weigerten sich, dem Befehl des Kommandos zu folgen, in die Region Kramatorsk vorzurücken, und kündigten einen "Übergang" zur Territorialverteidigung der Stadt Charkow an. Während der Auseinandersetzung mit den Kommandeuren und der anschließenden Schießerei wurden sechs Kämpfer getötet", erklärte das Ministerium. Nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums führen die Kraken-Kämpfer Straffrazzies gegen Personen durch, die der SBU der Loyalität gegenüber Russland verdächtig. Das Verteidigungsministerium betonte, dass das Nationalbataillon fast ausschließlich aus Radikalen, Mördern und anderen asozialen Elementen bestehe.



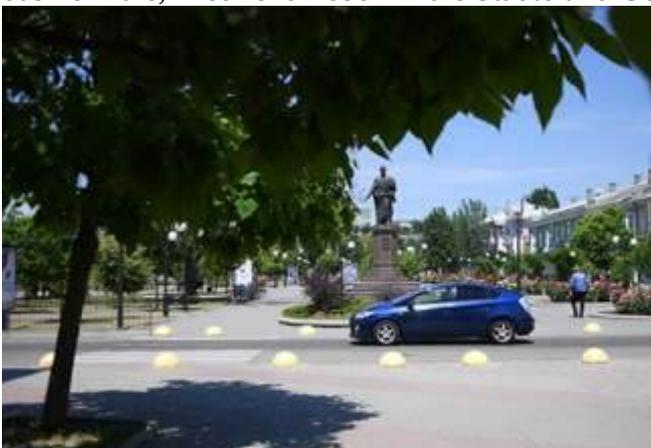
https://www.novorosinform.org/content/images/88/75/48875_720x405.jpg

13:05 de.rt.com: **Moskau: Zentralisierte Machtstrukturen in den befreiten Gebieten der Ukraine wiederhergestellt**

Das russische Verteidigungsministerium hat erklärt, dass in den befreiten Gebieten der Ukraine eine zentralisierte kommunale Verwaltung wiederhergestellt wurde. In einer entsprechenden Erklärung der Behörde heißt es laut [RIA Nowosti](#):

"Dank der humanitären und administrativen Unterstützung konnte die zentrale kommunale Verwaltung in allen Städten und Gemeinden unter der Kontrolle der russischen Streitkräfte wiederhergestellt und die Versorgung mit Lebensmitteln sichergestellt werden."

Das Verteidigungsministerium fügte hinzu, dass die Märkte und städtischen Dienstleistungen allmählich wieder zum Leben erwachen würden. Die Einwohner würden gemeinsam mit dem Militär die Infrastruktur wiederherstellen und "daran glauben, dass alles bald vorbei ist und das normale, friedliche Leben in die Städte und Gemeinden zurückkehrt".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62cfd347b480cc25f8328530.jp>

g

Denkmal für Graf Michail Woronzow in Berdjansk

13:24 de.rt.com: **Verhandlungen in Istanbul: Vorläufige Einigung über Getreideexporte aus Ukraine erzielt**

In den Verhandlungen über Getreideexporte aus der Ukraine ist nach türkischen Angaben eine Einigung gelungen. UN-Generalsekretär Guterres betont, dass die Nahrungsmittelproduktion der Ukraine und die von Russland produzierten Nahrungs- und Düngemittel auf die Weltmärkte zurückgebracht werden müssten.

Russland, die Ukraine, die Türkei und die UNO haben am Mittwoch nach türkischen Angaben eine vorläufige Einigung zu Getreideexporten aus der Ukraine getroffen. Die Unterhändler der Länder wollen sich laut dem türkischen Verteidigungsministerium nächste Woche erneut treffen, um die Vereinbarung zu unterzeichnen. Die Parteien hätten sich auf die Errichtung eines Koordinationszentrums geeinigt. So könnten die Sicherheit der Meeresrouten garantiert und die Lieferungen der Schiffe kontrolliert werden.

In ukrainischen Häfen stecken wegen des Krieges Schätzungen zufolge etwa 20 Millionen Tonnen Getreide fest. Auf Russland und die Ukraine entfallen fast ein Drittel der weltweiten Weizenlieferungen. Hauptabnehmer sind Staaten des Nahen Ostens und nördlichen Afrikas. UN-Generalsekretär António Guterres begrüßte das Istanbul-Treffen als entscheidenden Schritt zur Sicherung der ukrainischen Nahrungsmittelexporte. "Heute haben wir in Istanbul einen kritischen Schritt gesehen, einen Schritt vorwärts zur Gewährleistung des sicheren Exports ukrainischer Lebensmittelprodukte durch das Schwarze Meer", betonte er am Mittwoch.

"Ich danke der türkischen Regierung für ihre herausragenden Bemühungen, diese Gespräche und diese entscheidende Rolle für die Zukunft einzuberufen. Ich danke den russischen und ukrainischen Beamten für ihr konstruktives Engagement", so der UN-Chef. Und weiter:

"Die Nahrungsmittelproduktion der Ukraine und die von Russland produzierten Nahrungsmittel und Düngemittel müssen auf die Weltmärkte zurückgebracht werden."

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hatte nach einem NATO-Gipfel Ende Juni gesagt, dass Ankara bereit sei, ukrainische landwirtschaftliche Güter über das Schwarze Meer zu transportieren. Der russische Top-Diplomat Lawrow erklärte vor Kurzem, dass Moskau bereit sei, Gespräche mit Kiew und Ankara über ukrainische Getreideexporte zu führen. Ihm zufolge sollten die Streitkräfte der betroffenen Länder eine Schlüsselrolle in diesem Prozess spielen. Nach Einschätzungen der UNO könnte die derzeitige Blockade im nächsten Jahr eine Hungersnot bei bis zu 19 Millionen Menschen auslösen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfe808b480cc1dbc319fe8.jpg>

Einigung über Getreideexporte aus der Ukraine in Istanbul am 13. Juli 2022

13:55 de.rt.com: **Russisches Außenministerium warnt Moldawien vor Beteiligung an**

westlichen Sanktionen

Moskau warnt Chisinau davor, sich den westlichen Sanktionen gegen Russland anzuschließen. Dies erklärte die Pressesprecherin des russischen Außenamtes Maria Sacharowa. Sie betonte:

"In Russland sind die laufenden Bemühungen der Europäischen Union und der NATO, die Republik Moldau vollständig in ihre antirussische Kampagne zu integrieren und ihr Territorium unter dem Deckmantel der Sicherheitshilfe zu erschließen, nicht unbemerkt geblieben."

Zuvor hatte Jānis Mažeiks, der Leiter der EU-Delegation in Chisinau, darauf hingewiesen, dass die Europäische Union nicht verlange, dass sich Moldau den Sanktionen anschließe. Jedoch halte die Organisation die Entwicklung der Republik in diese Richtung für wichtig. In diesem Zusammenhang merkte Sacharowa an:

"Die Erfahrung zeigt, dass antirussische Sanktionen in erster Linie die Menschen in den Ländern treffen, deren Oberhäupter sie verhängt haben."



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfe78748fbef1732775ced.jpg>

14:04 de.rt.com: Handel zwischen BRICS-Ländern wächst rasant

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den BRICS-Staaten, bestehend aus Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika, hat stark zugenommen. Das belegen Daten chinesischer Zollbehörden. Vor allem die Energieimporte Chinas schießen steil nach oben. Chinas Außenhandel mit anderen BRICS-Mitgliedstaaten belief sich in der ersten Jahreshälfte auf 1,64 Billionen Yuan (rund 243 Milliarden Euro), was einem Anstieg von 14,1 Prozent im Jahresvergleich entspricht, wie aus Daten der Allgemeinen Zollverwaltung Chinas (GACC) hervorgeht, die am Mittwoch von der Global Times zitiert wurden.

Die Daten zeigen, dass der Wert der Exporte 817,18 Milliarden Yuan (rund 120 Milliarden Euro) erreichte, was einem Anstieg von 20,6 Prozent entspricht. Der Wert der Einfuhren stieg ebenfalls, und zwar um 8,3 Prozent auf 825,82 Milliarden Yuan (rund 122 Milliarden Euro). Der Sprecher der GACC, Li Kuiwen, sagte bei einer Pressekonferenz am Mittwoch, dass sich der Handel Chinas mit anderen BRICS-Staaten in den letzten Jahren intensiviert habe. Er wies darauf hin, dass der Handelsumsatz von 960,21 Milliarden Yuan (rund 142 Milliarden Euro) im Jahr 2009 auf 3,17 Billionen Yuan (rund 471 Milliarden Euro) im Jahr 2021 gestiegen ist. Die Daten zeigen, dass die chinesischen Importe von Energieerzeugnissen und landwirtschaftlichen Gütern rasch gestiegen sind. In den ersten sechs Monaten des Jahres 2022 erreichten Chinas Gesamteinfuhren von Rohöl, Erdgas und Kohle sowie anderen Energieprodukten aus anderen BRICS-Ländern 298,98 Milliarden Yuan (rund 44 Milliarden Euro), was einem Anstieg von 53,3 Prozent entspricht. Die Einfuhren landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch das Land stiegen um 15,6 Prozent auf 185,46 Milliarden Yuan (27 Milliarden Euro).

BRICS, ein Wirtschaftsblock aus fünf Nationen, dem Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika angehören, wurde 2006 gegründet. Er hat einen Anteil von mehr als 16 Prozent am

Welthandel und repräsentiert mehr als 40 Prozent der Weltbevölkerung.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfe99f48fbef1732775cfa.jpg>
Frachtschiff im Hafen von Qingdao in Chinas östlicher Provinz Shandong, 13. Juli 2022

14:20 de.rt.com: **DVR: 251 Siedlungen bereits befreit**

Nach Angaben des Stabs der Territorialverteidigung des DVR sollen zum Stand vom 14. Juli die Truppen der DVR und der LVR auf dem Gebiet der Volksrepublik Donezk mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der Russischen Föderation bereits 251 Siedlungen befreit haben.

Dies berichtete der Stab auf seinem Telegram-Kanal und präzisierte ferner, dass unter den befreiten Gebieten auch Nowodonezkoje, Neskutschnoje, Oktjabr, Mironowka, Krasny Pachar, Roty, Widrodschennja, Mednaja Ruda und Kamenka seien. Weiter hieß es: "Unsere Truppen setzen ihre Offensive in mehrere Richtungen fort!"

dan-news.info: **Zwei Zivilisten starben heute im Woroschilowskij-Bezirk von Donezk durch einen Angriff von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine**, teilt der Stab für Territorialverteidigung der DVR mit.

Ein ukrainisches Geschoss traf den Busbahnhof „Zentrum“, Splitter durchschlugen Fahrzeug und Gebäude. Ein weiteres Geschoss traf den zentralen „Uniwermag“, der nicht weit von den Busbahnhof entfernt ist.

Das Oberhaupt der DVR kam kurz nach dem Vorfall an den Ort des Geschehens.

„Ukrainische Kämpfer haben den Busbahnhof ‚Zentrum‘ in Donezk beschossen. Es starben eine junge Frau, die von der Arbeit nach Hause fuhr, und der Fahrer des Busses. Nach vorläufigen Informationen gibt es drei Verletzte“, teilte er mit.

Der Leiter der Vertretung der DVR im GZKK Ruslan Jakubow berichtete, dass der Schlag mit einer 155mm-Haubitze M777 aus Richtung Kurachowo erfolgte.

Später wurde mitgeteilt, dass die Zahl der Verletzten sechs beträgt.

15:06 de.rt.com: **Sacharowa: Beim Betrieb von Nord Stream 1 hängt viel von unseren Partnern ab**

Wie die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa am Donnerstag sagte, liege die Wiederinbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 1 nach den aktuellen Wartungsarbeiten vor allem im Verantwortungsbereich des Westens. Das betreffe sowohl den Bezug von Gas als auch die Nachfrage.

Wie Moskau bekannt gab, liegt die Wiederinbetriebnahme der Gas-Pipeline Nord Stream 1 nach den aktuellen Wartungsarbeiten vor allem im Verantwortungsbereich des Westens. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa sagte laut der russischen Agentur Interfax am Donnerstag:

"Was den Betrieb der Gaspipeline in der Zukunft betrifft, so wird viel von unseren Partnern abhängen - sowohl in Bezug auf die Nachfrage nach Gas als auch in Bezug auf die

Verhinderung negativer Auswirkungen unrechtmäßiger restriktiver Maßnahmen." Sacharowa verwies konkret auf den Fall einer Turbine, die in Kanada überholt, dann aber aufgrund westlicher Sanktionen nicht nach Russland zurückgeliefert wurde. Mittlerweile hat Kanada allerdings entschieden, die Turbine an Deutschland zu übergeben. Russland erklärte, es habe die Kapazität der Pipeline aufgrund der fehlenden Teile um 60 Prozent reduzieren müssen. Die kanadischen Behörden haben jedoch noch nicht mitgeteilt, wann die Turbine nach Deutschland zurückgeschickt werden soll. Am Mittwoch hatte der russische Energiekonzern Gazprom erklärt, er könne keine konkrete Prognose zur Wiederinbetriebnahme der Ostsee-Pipeline abgeben, weil ihm dazu die nötigen Informationen fehlten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d00f10b480cc25331cf8f2.jpg>

15:20 de.rt.com: **Russisches Militär liefert über 100 Tonnen humanitäre Hilfe ins Gebiet Charkow**

Russische Soldaten haben über 100 Tonnen humanitäre Hilfe an die Zivilbevölkerung in den befreiten Ortschaften des Gebietes Charkow geliefert. Dies teilte das russische Verteidigungsministerium am Donnerstag mit.

Weiter wies die Behörde darauf hin, dass Krankenhäuser die Ersten seien, die humanitäre Ladungen erhalten hätten. Neben Nahrungsmitteln umfasse die humanitäre Hilfe auch Spielzeug und Windeln, Schreibwaren und Bücher für Schulkinder.

Außerdem wurden Medikamente wie Vitamine, Schmerzmittel, Antibiotika sowie Medikamente gegen Erkältungen, spezielle Medikamente für Menschen mit Schilddrüsenerkrankungen und für Diabetiker geliefert. Ein Teil der Medikamente sei sofort an lokale medizinische Einrichtungen weitergeleitet worden. Der Rest werde von russischen Ärzten des westlichen Militärbezirks in humanitären Einrichtungen und Feldlazaretten verteilt.

16:12 de.rt.com: **Füllstand deutscher Gasspeicher sinkt – EU bereitet sich auf Lieferausfall aus Russland vor**

Eigentlich wäre genug Erdgas vorhanden. Zuletzt wurde sogar eine zweite Leitung aus Russland gebaut, um zusätzliche Kapazitäten zu schaffen – Nord Stream 2. Doch die westliche Reaktion auf den Ukraine-Konflikt führt zu einer akuten Bedrohung für die Bevölkerung Europas. In Deutschland werden die Gasspeicher sogar gerade wieder angezapft. Die Europäische Union bereitet eine Reihe von Notfallmaßnahmen vor, um die Auswirkungen eines möglichen Wegbrechens der Versorgung mit russischem Gas abzumildern. Das berichtete die Wirtschaftsnachrichtenagentur Bloomberg. Zu den Maßnahmen, die in Betracht gezogen werden, gehören die Aufstockung der Vorräte, die Umleitung der Lieferungen an Schlüsselindustrien und die Einschränkung der öffentlichen Nutzung.

Die Schritte seien in einem von Bloomberg eingesehenen Entwurfsdokument abgedruckt, in

dem ein "frühzeitiges gemeinsames Vorgehen auf EU-Ebene" gefordert wird, um den Befürchtungen der Union zu begegnen, dass Russland die Gasversorgung des europäischen Kontinents abrupt unterbrechen könnte. Die EU-Kommission schreibt in dem Dokument: "Wenn wir jetzt handeln, könnten wir die Auswirkungen einer plötzlichen Unterbrechung der Gasversorgung um ein Drittel reduzieren."

Es handle sich dabei laut Bloomberg allerdings nur um einen Entwurf, der noch geändert werden könne, bevor er nächste Woche als offizielle Strategie des europäischen Staatenblocks verabschiedet wird.

Dem Dokument zufolge betragen die Gaslieferungen aus Russland derzeit weniger als 30 Prozent des Durchschnittswerts für 2016–2021. Für den Fall, dass Russland die Gaslieferungen komplett einstellt, zielt die EU auf Gasreserven von 80 Prozent ab, um "die Auswirkungen einer plötzlichen Versorgungsunterbrechung um ein Drittel zu reduzieren." Die EU will ihren Mitgliedsstaaten empfehlen, im Falle einer Unterbrechung der Versorgung Lieferketten und Schlüsselindustrien Vorrang einzuräumen, und gleichzeitig Anreize für einen geringeren Verbrauch durch "marktbasierte Maßnahmen" wie Auktionen oder Ausschreibungssysteme zu schaffen. Das allerdings würde die Preise in die Höhe treiben. Die Verbraucher in den Haushalten sollen mit Informationskampagnen dazu angehalten werden, ihre Heizkosten zu senken, wie dies bereits in mehreren Ländern geschehen ist. Zudem seien "während einer (Erdgas-)Krisenstufe" verbindliche Obergrenzen für den privaten Gasverbrauch vorgesehen, wie Bloomberg schreibt.

Nachdem die Europäische Union Sanktionen gegen Russland verhängt hatte, waren die Gaslieferungen mehrerer EU-Mitgliedstaaten aus unterschiedlichen Gründen beeinträchtigt. Bulgarien, Polen und Finnland weigerten sich im April, das auf dem russischen Rubel basierende Zahlungssystem einzuhalten, und wurden daraufhin von Gazprom von den Lieferungen abgeschnitten. In Deutschland wurden die Gaslieferungen Anfang des Monats vorübergehend eingeschränkt, als der russische Energieriese aufgrund von Sanktionen eine reparierte Turbine nicht aus Kanada zurückerhalten konnte. Am Ende hat Berlin aber eine Ausnahmegenehmigung für die Rückgabe dieser Gasturbine ausgehandelt.

Deutschland, dessen Position als Europas industrielles Kraftzentrum von russischem Gas abhängt, brachte seine Versorgung auch selbst in Gefahr, als es die Nord Stream 2-Pipeline wenige Tage nach Beginn der russischen Militäroperation in der Ukraine im Februar aufgab. Die deutschen Gasprobleme werden sich indes fortsetzen, da Gazprom am Montag die Nord Stream 1-Pipeline für zehn Tage im Rahmen einer planmäßigen jährlichen Wartung abgeschaltet hat.

Da die Erdgaspipeline Nord Stream 1 aufgrund regulärer Wartungen derzeit nicht in Betrieb sei, zapfe Deutschland momentan die bestehenden Speicher an, wie die Welt schrieb. Dies habe bereits zu einem geringfügigen Rückgang der Speicherstände am Mittwoch um 0,06 Prozent geführt, wie die Bundesnetzagentur meldete. Gesetzlich müssen die Speicherstände bis zum 1. November auf mindestens 90 Prozent steigen. Doch dieses Ziel scheint noch in weiter Ferne: Derzeit belaufen sich die Gasvorräte gerade einmal auf 64,5 Prozent.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62cfe77448fbef1a766bab6d.jpeg>

17:00 de.rt.com: **Referendum über den Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation soll im Herbst stattfinden**

Ein Referendum über den Beitritt des Gebietes Saporoschje zur Russischen Föderation werde im Frühherbst, voraussichtlich in der ersten Septemberhälfte, abgehalten werden. Das verkündete Wladimir Rogow, Mitglied des Hauptrates der Gebietsverwaltung, gegenüber [RIA Nowosti](#).

Er fügte hinzu, die Bevölkerung des Gebietes fordere ein schnellstmögliches Referendum. Und er hob hervor:

"Bei allen Treffen fragen die Leute, wann es ein Referendum geben wird. Warum zieht ihr es in die Länge? Wir wollen schnell ein Teil Russlands werden."

Während der Sonderoperation übernahm das russische Militär die Kontrolle über die Region Cherson und den Asowschen Teil der Region Saporischschja im Süden der Ukraine. In den Regionen wurden zivil-militärische Verwaltungen gebildet, russische Fernseh- und Radiosender haben ihren Sendebetrieb aufgenommen, und die Handelsbeziehungen zur Krim werden wiederhergestellt. Die Regionen haben angekündigt, dass sie Subjekte der Russischen Föderation werden wollen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d00137b480cc25331cf8e9.jpg>

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 14. Juli 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In 40 befreiten Ortschaften wurden Renten ausgezahlt.

Mehr als 4700 Menschen wandten sich an medizinische Einrichtungen.

In Mariupol wurde ein Kommunikationsobjekt zur Inbetriebnahme vorbereitet.

Spezialisten der Elektrizitätswerke haben Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Hochspannungsleitungen und Umspannwerken in Mariupol, Wolnowacha, Sachanka, Berdjanskoje und Kalinowka durchgeführt.

In Chlebodarowka, Mariupol und Mangusch wurden Tankstellen eröffnet.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 18 Hektar Territorium untersucht und 78 explosive Objekte entschärft.

Die Verwaltungen der Bezirke nehmen weiter Meldungen über vorhandene Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften entgegen.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten

wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:20 de.rt.com: **Russisches Militär: Mehrfachraketenwerfer-Systeme der Ukraine getroffen**

Die russische Armee soll in einer Fabrik in Saporoschje Mehrfachraketenwerfer-Systeme der ukrainischen 45. Artilleriebrigade mit dem Lenkwaffensystem Kalibr zerstört haben. Dies gab das russische Verteidigungsministerium bekannt.

Weiter hieß es, die russischen Streitkräfte hätten mehrere Standorte der ukrainischen Truppen im Gebiet Nikolajew und in der DVR getroffen, wobei der Feind Verluste von bis zu 1.000 Personen und über 100 Kampffahrzeugen erlitten habe.

Überdies meldete das Ressort die Zerstörung eines Artilleriezuges mit M777-Haubitzen aus den USA bei Stellungen in Perwomaiski, Gebiet Charkow.

Dnronline.su: **Die Schüler in Mariupol werden kostenlos Mahlzeiten und Schulbücher erhalten.**

Bis zum Beginn des neuen Schuljahrs wird die Mehrzahl der Vorschuleinrichtungen und Schulen in Mariupol wieder ihre Arbeit aufnehmen, teilte die stellvertretende Bürgermeister Wiktorija Kalatschewa bei einem Treffen mit Einwohnern des zentralen Stadtteils mit.

In den Bildungseinrichtungen werden Psychologen für die Arbeit mit den Kindern, die nach den Ereignissen des Kriegs psychische oder psychosomatische Traumata haben, eingestellt werden.

18:37 (17:37) novorosinform.org: **In Kiew wurde damit gedroht, den Hafen von Mariupol mit HIMARS-Systemen zu beschießen**

Die Streitkräfte der Ukraine drohen den Bewohnern von Mariupol, den örtlichen Hafen mit Artillerie zu beschießen. Dies sagte der Berater des ukrainischen "Bürgermeisters" von Mariupol, Pjotr Andrjuschtschenko.

Ihm zufolge habe die russische Führung, angeblich unter dem Deckmantel des Personenzugs Mariupol-Wolnowacha, den Hafen von Mariupol in einen militärischen Verkehrsknotenpunkt verwandelt.

„Angesichts der Reichweite der ukrainischen Artillerie, insbesondere der HIMARS-Systeme, empfehlen, dass die Bewohner von Mariupol im Stadtteil Primorskij einen sichereren Wohnort wählen, falls ein Tanker in die Hafengewässer einfährt, und so weit wie möglich auf die Fahrt mit dem Tarnzug verzichten.“, sagte Andrjuschtschenko.

Es sei darauf hingewiesen, dass dies nicht das erste Mal ist, dass die Kiewer Führung die Bewohner der befreiten Gebiete wegen der geplanten „Gegenoffensive“ auffordert, ihre Häuser zu verlassen. Zuletzt sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine, Irina Wereschtschuk, dass die Bewohner des Südens von Cherson die Stadt verlassen sollten.



https://novorosinform.org/content/images/89/06/48906_720x405.jpg

17:40 de.rt.com: **Duma-Sprecher Wolodin besucht Volksrepublik Lugansk**

Der Vorsitzende der russischen Staatsduma, Wjatscheslaw Wolodin, ist im Rahmen eines Arbeitsbesuchs in die Volksrepublik Lugansk gereist, wo er vor den Abgeordneten des Volksrates der Republik gesprochen und ein Grußwort des russischen Präsidenten Wladimir Putin überbracht hat. Dies teilte der Pressedienst der Duma mit. Wolodin betonte:

"Wir haben seit mehr als 30 Jahren auf dieses Treffen gewartet."

Der Duma-Sprecher dankte während seines Besuchs auch den Bewohnern der LVR dafür, dass "sie sich selbst, ihren Glauben, ihre Sprache und Kultur niemals verraten haben, sowie dass sie die Erinnerung an ihre Vorfahren und die Liebe zu ihrer Heimat Russland bewahrt haben". Die Duma-Abgeordneten führten ihrerseits Gespräche mit dem Vorsitzenden des LVR-Volksrates Denis Miroshnitschenko. Im Rahmen von Wolodins Arbeitsreise fand außerdem ein Treffen mit dem Chef der Volksrepublik Lugansk, Leonid Passetschnik, statt, so der Pressedienst.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d02a9b48fbef1a766babdf.jpg>

abends:

18:16 de.rt.com: **Kasachischer Präsident: Wir schaffen Bedingungen für Verlagerung westlicher Unternehmen aus Russland**

Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat angewiesen, Bedingungen für die Verlagerung von Unternehmen zu schaffen, die den russischen Markt verlassen haben. Er betonte, dass dies für Kasachstan eine gute Gelegenheit sei, die Produktion von Waren zu steigern.

Der kasachische Präsident Qassym-Schomart Toqajew hat die Regierung angewiesen, günstige Bedingungen für die Umsiedlung ausländischer Unternehmen zu schaffen, die Russland verlassen haben. Dies [berichtete](#) der Pressedienst des kasachischen Staatschefs. Toqajew wies darauf hin, dass es derzeit einen weltweiten Kampf um Investitionskapital gebe. Insbesondere jedes zweite von fast 1.400 ausländischen Unternehmen habe den Betrieb eingestellt oder den russischen Markt verlassen. Das Staatsoberhaupt betonte:

"Die Regierung sollte günstige Bedingungen für deren Umsiedlung nach Kasachstan schaffen. Dies wird uns eine gute Gelegenheit bieten, die Produktion von Gütern mit mittlerer und hoher Wertschöpfung zu steigern."

Toqajew erinnerte daran, dass er auch die Vorbereitung einer Reihe von Investitionsprojekten in der Fertigungsindustrie angeordnet habe. Bisher gebe es aber "wenig Grund zur Prahlerei" und "keine neuen Projekte".

Ende Mai erklärte der kasachische Staatschef, dass die Eurasische Wirtschaftsunion (EAWU) unter Berücksichtigung der Sanktionen komfortable Bedingungen für die Umsiedlung ausländischer Unternehmen schaffen müsse. Laut Toqajew sind sich die "globalen Giganten" der Vorteile der geoökonomischen Lage der Union sehr wohl bewusst und können das Potenzial des 180-Millionen-Verbrauchermarktes nicht ignorieren.

In diesem Zusammenhang rief der kasachische Präsident dazu auf, die Fertigstellung gemeinsamer Projekte innerhalb der EAWU zu beschleunigen, neue Investitionsprojekte zu starten und die "schnellen transkontinentalen Korridore" zu verbessern, um die globale Wettbewerbsfähigkeit zu gewährleisten. Seiner Ansicht nach wäre dies "eine Garantie für kollektive Immunität angesichts der globalen Herausforderungen".

Eine Reihe ausländischer Unternehmen, darunter Apple, Oracle, Autodesk, Boeing, Exxon Mobil und Walt Disney, haben seit Ende Februar die Aussetzung oder Einschränkung ihrer Geschäftstätigkeit in Russland angekündigt.

Das spanische Unternehmen Inditex (Zara, Zara Home, Pull & Bear, Massimo Dutti, Bershka, Stradivarius, Oysho), der deutsche Sportbekleidungs-, Schuh- und Accessoires-Hersteller Adidas und der US-amerikanische Wäschehersteller Victoria's Secret schlossen ihre Geschäfte aufgrund der westlichen Sanktionen in Russland.

Westliche Länder haben vor dem Hintergrund der russischen Sonderoperation in der Ukraine Sanktionen gegen Russland verhängt. Das russische Außenministerium nannte die neuen Beschränkungen illegal und unmoralisch. Laut der Vertreterin der Behörde, Maria Sacharowa, werden diese Sanktionen bei den westlichen Ländern selbst einen "Bumerang" auslösen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d00a8eb480cc25f8328571.jpg>

18:40 de.rt.com: **Zwei Tote durch Beschuss des Busbahnhofs in Donezk**

Vorläufigen Berichten des Stabes der territorialen Verteidigung der DVR zufolge hat der ukrainische Beschuss des Zentralen Busbahnhofs von Donezk am Donnerstag zwei Menschenleben gefordert. Laut einem Korrespondenten von RIA Nowosti wurden bei dem Angriff der Fahrer eines Kleinbusses sowie eine weitere Person getötet. Verletzt wurden nach Angaben des Pressedienstes des Stabes zudem sechs weitere Menschen.

Für den Beschuss soll das ukrainische Militär Langstreckenhaubitzen vom Typ M777 mit Kaliber 155 Millimeter eingesetzt haben, die Kiew zuvor von den USA geliefert worden waren. Dies erklärte der DVR-Chef, Denis Puschilin, unter Berufung auf Ruslan Jakobow, den Leiter der Vertretung der Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands. Ihm zufolge kamen die Schüsse aus Richtung der Siedlung Kurachowo.

Puschilin teilte ferner mit, dass es sich bei dem zweiten Todesopfer um eine junge Frau handele, die auf dem Heimweg von der Arbeit von einem Geschoss erwischt worden sei. Er wies darauf hin, dass sich in der Nähe des Busbahnhofs keine militärischen Einrichtungen

befänden.

Der Einsatz der Vertreter des DVR-Innenministeriums und der Rettungsdienste vor Ort dauert noch an.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/original/62d0312048fbef1a766babad.jpg>

Die Leiche eines Kleinbusfahrers, der bei dem Beschuss des Zentralen Busbahnhofs von Donezk durch die ukrainischen Streitkräfte getötet wurde, 14. Juli 2022

18:42 de.rt.com: "Kein Deutscher wird in Griechenland frieren": Kretas Bürgermeister lädt Rentner auf die Insel ein

Deutschland droht wohl ein harter Winter. Die Lebensmittelpreise steigen, und schon jetzt soll man Gas sparen, um im Winter doch noch warme Wohnungen zu haben. Aus Griechenland kommt nun ein Aufruf an Deutsche: Sie könnten die kalte Jahreszeit im Mittelmeerland verbringen.

Angesichts der stark steigenden Verbraucherpreise sowie der drohenden Energieknappheit blicken viele Deutsche mit Sorgen auf den kommenden Winter. Viele befürchten, dass die Wohnungen in der kalten Jahreszeit bei Minusgraden draußen kühl bleiben könnten. Aus Griechenland kommt nun – im Anbetracht all dieser trüben Aussichten – ein Aufruf an die Bundesbürger, in dem Mittelmeerland zu überwintern. Tourismusminister Vassilis Kikilias wandte sich via Bild vor allem an die deutschen Pensionäre:

"Für Herbst und Winter wäre es für uns Griechen eine große Freude, deutsche Rentner zu begrüßen, die einen 'mediterranen Winter' mit griechischer Gastfreundschaft, mildem Wetter und hochwertigen Dienstleistungen erleben möchten."

Der griechische Minister fügte hinzu:

"Wir werden hier auf Sie warten."

Auch der Bürgermeister der Hafenstadt Chania auf Kreta, Panagiotis Simandirakis, meldete sich zu Wort. Er rief die Deutschen ebenfalls dazu auf, die kalte Jahreszeit auf der griechischen Insel zu verbringen, die für milde Temperaturen auch im Winter bekannt ist. Simandirakis sagte der *Bild*:

"Wir laden jeden Deutschen ein, der in diesem Winter zu uns kommen möchte, um hier zu leben – fern der Krisen."

Chania sei, so Simandirakis weiter, dafür sehr geeignet, "einen Krisen-Winter zu überstehen". Es hat laut dem Bürgermeister "vielleicht das beste Ganz-Jahres-Klima in ganz Europa". Hier brauche man keine Heizung im Haus. Der 40-Jährige unterstrich gegenüber der Zeitung: "No German will freeze in Greece (zu Deutsch: Kein Deutscher wird in Griechenland frieren)."

Griechenland versucht schon seit Jahren, mit erheblichen Steuersenkungen allen voran die Rentner aus den nördlichen Ländern Europas dazu zu bewegen, sich in dem Mittelmeerland

niederzulassen. Mit einer pauschalen Abgabe von sieben Prozent auf alle Einkünfte versucht die Politik in Athen, aus Griechenland mit seinem angenehmen Klima eine Art Rentnerparadies zu machen und somit auch die lokale Wirtschaft anzukurbeln. Nicht nur, dass so die Steuereinnahmen erhöht würden, sondern die Zugezogenen gäben auch einen Teil ihrer Einkünfte im Land selbst aus.

Das 2020 verabschiedete [Gesetz](#) sieht demnach vor, dass jede Person, die Anspruch auf eine Rente aus einem anderen Land hat und sechs Jahre zuvor nicht in Griechenland steuerlich ansässig gewesen war, ihren steuerlichen Wohnsitz nach Griechenland verlegen kann. Man muss sich jedoch mindestens sechs Monate pro Jahr in Griechenland aufhalten.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d0472ab480cc717f2810d2.jpg>

19:00 de.rt.com: **Sprachbeauftragter droht Selenskij für Äußerungen in Englisch**

In der Ukraine hat der Sprachbeauftragte Taras Kremin Beamten wegen Äußerungen auf Deutsch, Englisch und Russisch laut dpa mit Geldstrafen gedroht. "Unter den Bedingungen des Kriegsrechts verstoßen einzelne Staatsangestellte weiter gegen das Gesetz über die Amtssprache", zitierten örtliche Medien Kremin am Donnerstag unter Verweis auf einen Facebook-Eintrag.

Eine Überprüfung habe ergeben, dass seit März rund zwei Dutzend Staatsangestellte in der Dienstzeit nicht Ukrainisch gesprochen hätten. Als Beispiel führte die Behörde sogar englischsprachige Äußerungen von Präsident Wladimir Selenskij bei Besuchen des US-Schauspielers Sean Penn und des britischen Milliardärs Richard Branson an.

Gerügt wurde auch ein deutschsprachiges Interview des Gouverneurs von Tschernowzy (Czernowitz), Sergej Ossatschuk, für den Fernsehsender Welt. Ebenso kritisierten die Sprachwächter ein auf Russisch geführtes Interview des Bürgermeisters von Odessa, Gennadij Truchanow, mit der Süddeutschen Zeitung.

Kremin betonte, dass ab kommenden Samstag eine Verschärfung des geltenden Sprachgesetzes in Kraft tritt. Danach können solche Verstöße mit Geldstrafen von umgerechnet bis zu 320 Euro bestraft werden.

Grundlage ist ein im Jahr 2019 kurz vor dem Amtsantritt von Selenskij verabschiedetes Gesetz. Dieses schreibt zur Zurückdrängung der russischen Sprache Ukrainisch in weiten Lebensbereichen vor. Ab Samstag müssen Unternehmensauftritte im Internet zwingend Ukrainisch als Hauptsprache haben. Ukrainisch ist auch als Unternehmenssprache vorgeschrieben. Es gelten bereits seit langem strenge Quoten für Printmedien, Radio und Fernsehen.

Inwieweit der so verschärfte sprachliche Rigorismus der Kiewer Behörden Auswirkungen auf die Bereitschaft russischsprachiger Ukrainer haben wird, sich zum Kriegsdienst an die Front zu melden, ist gegenwärtig nicht absehbar.

(rt/dpa)



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d02a9bb480cc7a4f4b2656.jpg>
Besser nur noch wortlose Zeichensprache? Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij gestikuliert während der Pressekonferenz mit dem niederländischen Premierminister nach Gesprächen in Kiew am 11. Juli 2022.

19:20 de.rt.com: **Ukrainische Einheiten beschießen Isjum: zwei Tote und 15 Verwundete**

Bei dem Beschuss des Zentrums von Isjum in der Region Charkow durch ukrainische Truppen sind zwei Menschen getötet worden, der Pressedienst der Regionalverwaltung gegenüber [RIA Nowosti](#) mitgeteilt hat.

"Unter den Zivilisten in Isjum: 15 Verwundete, zwei Tote", erklärte die regionale Presseagentur.

Am Donnerstag meldete die zivil-militärische Verwaltung des Gebietes Charkow ebenfalls einen Angriff auf das Stadtzentrum von Isjum, wobei die Behörden "mindestens zehn Angreifer" registrierten. Es wurde darauf hingewiesen, dass die ukrainischen Streitkräfte Orte mit großen Menschenansammlungen beschossen hätten. Es seien Opfer zu beklagen, doch genaue Informationen würden zurzeit noch geklärt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.07/article/62d03f4748fbef15e55f2ab0.jpg>
Nicht erst seit heute wird Isjum von ukrainischen Truppen beschossen: Dieses Foto vom 11. Juni 2022 zeigt einen ukrainischen Mehrfachraketenwerfer des Typs BM-21 "Grad" in der Nähe von Isjum, südlich der Stadt Charkow.

19:40 de.rt.com: **Bundeswehr schickte seit März mehr als 400.000 Essensrationen an die Ukraine**

Die Bundeswehr hat zwischen dem 3. März und 7. Juni über 400.000 Essensrationen für Soldaten in die Ukraine geschickt. Das gab Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht beim Besuch des zuständigen Verpflegungsamtes der Bundeswehr in Oldenburg am Donnerstag bekannt. Die SPD-Politikerin zeigte sich [beeindruckt](#) von der Flexibilität der Versorgungseinrichtung:

"Innerhalb kürzester Zeit wurde hier die Produktion verdoppelt."

Nach Angaben des Verteidigungsministeriums handelt es sich dabei hauptsächlich um sogenannte Einpersonenpackungen. Die Verpflegungspakete enthalten genügend Nahrung für einen Tag. Darin befinden sich unter anderem Getränpulver, Gerichte zum Aufwärmen, Energieriegel oder Dessertcremes. Die Tagesrationen werden direkt vor Ort in Oldenburg produziert.